

ZUKUNFT 02

2010

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Integration braucht
Chancengleichheit
Sandra Frauenberger

Selbstenthauptet – Kulturpolitik zu
Zeiten ihrer neoliberalen Nichtigkeit
Martin Wassermair

Was soll
Kulturpolitik?
Andreas Mailath-Pokorny

Sozialdemokratische
Kulturpolitik?
Michael Amon



4,50 Euro P.b.b. GZ 02 Z033338 M, Verlagspostamt 1010 Wien, Nr. 02

**HAST DU MEINE
ALPEN GESEHEN?**

JÜDISCHES MUSEUM WIEN



Editorial

Unerwartet intensiv und gewohnt emotional beschäftigt sich die Republik zum Start des neuen Jahres mit asyl- und integrationspolitischen Fragen: Nach der Debatte um das Asylaufnahmezentrum Eberau ging Innenministerin Fekter mit dem Vorschlag einer vorübergehenden Inhaftierung aller neu eintreffenden AsylwerberInnen und der Beschlussfassung eines so genannten »Nationalen Aktionsplans für Integration« wieder in die Offensive. Politischer Kernpunkt des Pakets: ZuwandererInnen sollen künftig bereits in ihrem Heimatland die deutsche Sprache erlernen.

Um zu einer versachlichten Diskussion beizutragen, widmen wir diesem Thema eine »Aktuelle Debatte« in dieser Ausgabe: Integrationsstadträtin **Sandra Frauenberger** sieht im **NAP für Integration zu wenig konkrete Maßnahmen**, die tatsächlich Integration fördern und erkennt in den Defiziten des NAP einen Grund mehr, das **Thema Integration und das Thema Kriminalität** auch auf Ebene der **Bundesregierung** voneinander zu **trennen**.

Angelika Hrubesch ortet im gegenwärtigen politischen Fokus auf den »Spracherwerb« einen Mechanismus, der **weniger auf die Integration** hier lebender Menschen gerichtet ist, als er der **Stimmungsmache** und der »**Selektion**« dienen soll.

Auch **Caspar Einem** greift in seiner Kolumne »Fragen über Fragen« das eigenartige Rennen um **strengere Sprach- und Zuwanderungsregeln** auf, das beim Autor die Frage aufkommen lässt, ab wann nur mehr ÖsterreicherInnen der Zuzug nach Österreich gestattet wird.

Passend zu solchen Fragen politischer Kultur haben wir in dieser Ausgabe auch unseren Heftschwerpunkt gewählt: Kulturpolitik fristet häufig ein ärmliches Schattendasein am Rande des Politbetriebes. Wir haben drei Autoren gebeten, für dieses Heft eine grundsätzlichere Verortung von Kulturpolitik vorzunehmen: Das hat **Kulturstadtrat Andreas Mailath-**

Pokorny anhand der von ihm verantworteten Wiener Kulturpolitik versucht. Die »**Zieldefinitionen sozialdemokratischer Kulturpolitik**« reichen dabei von der Bedeutung breitenwirksamer Vermittlungsmodelle über die digitalen Medien bis hin zum »Standortfaktor« Kultur.

Durchwegs kritisch beleuchtet **Martin Wassermair** die Funktion von **Kulturpolitik im Kontext neoliberaler Politik- und Wirtschaftskonzepte**. Das Wiedergewinnen kulturpolitischer Konzeptionen jenseits des Neoliberalismus sei mit der Überwindung der allgemeinen politischen Selbstenthauptung im Zeitalter des Neoliberalismus eng verknüpft. Daran knüpft auch **Michael Amon** an, der von der Sozialdemokratie einfordert, die Bedeutung des Kampfes um **kulturelle Hegemonie** endlich stärker zu erkennen und diese Auseinandersetzung aktiv zu führen.

Florian Wenninger geht in seinem Beitrag der Frage nach, welchen historischen Hintergrund und welche **gesellschaftliche Funktion der Totalitarismustheorie im politischen Diskurs** der Gegenwart zukommt und illustriert dies mit einer aktuellen Diskussion rund um »europäische Gedenktage«.

Die Volksbefragung, die unter anderem auch die Frage nach der Wiedereinführung von **HausbesorgerInnen** stellt, ist für **Peter Moser** ein Anlass, sich sachlich und intensiv mit der **Geschichte** und der politischen und gesellschaftlichen **Funktion der HausbesorgerInnen** in der Wohnpolitik auseinanderzusetzen.

Nach den **Buchtipps** plädiert **Markus Marterbauer** in seinem ökonomischen Schlusswort dafür, die steigende Arbeitslosigkeit auch mit **Arbeitszeitverkürzung** zu bekämpfen.

Viel Freude beim Lesen und Schauen!

HAST DU MEINE ALPEN GESEHEN?

JÜDISCHES MUSEUM WIEN



ORTHODOXE FERIENGÄSTE IN GRAUBÜNDEN, FOTO: © MICHAEL MELCER UND PATRICIA SCHON, 2008

Inhalt

- 6 **Integration braucht Chancengleichheit**
Von Sandra Frauenberger
- 8 **Sprache als Selektionsmechanismus**
Von Angelika Hrubesch
- 12 **HAST DU MEINE ALPEN GESEHEN?**
JÜDISCHES MUSEUM WIEN
- 15 **Warum überhaupt Ausländer einwandern lassen?**
FRAGEN ÜBER FRAGEN von Caspar Einem
- 16 **Selbstenthauptet – Kulturpolitik zu Zeiten ihrer neoliberalen Nichtigkeit**
Von Martin Wassermair
- 19 **HAST DU MEINE ALPEN GESEHEN?**
JÜDISCHES MUSEUM WIEN
- 20 **Was soll Kulturpolitik?**
Von Andreas Mailath-Pokorny
- 25 **HAST DU MEINE ALPEN GESEHEN?**
JÜDISCHES MUSEUM WIEN
- 26 **Sozialdemokratische Kulturpolitik?**
Von Michael Amon
- 33 **HAST DU MEINE ALPEN GESEHEN?**
JÜDISCHES MUSEUM WIEN
- 34 **Total normal?**
Von Florian Wenninger
- 38 **HAST DU MEINE ALPEN GESEHEN?**
JÜDISCHES MUSEUM WIEN
- 40 **Die Betreuung von Wohnhäusern**
Von Peter Moser
- 46 **HAST DU MEINE ALPEN GESEHEN?**
JÜDISCHES MUSEUM WIEN
- 48 **Buchtipps**
Sachliches und Belletristisches
- 50 **Kürzere Arbeitszeit jetzt!**
SCHLUSSWORT von Markus Marterbauer

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags Gmbh, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, manfred.lang@spoe.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.ª Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.ª Dr.ª Ruth Wodak, Lancaster. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Ludwig Dvořak (geschäftsführend). **Redaktion:** Mag. Georg Appl, Bernhard Bauer, DSA Senad Lacevic, Mag.ª Alexandra Pernkopf, Armin Puller, MMag.ª Julia Raptis, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr.ª Barbara Rosenberg, Mag. Franz Spitaler, Mag.ª Daniela Stepp, Mag. Artur Streimelweger, Mag. Peter Walder **Art Direction:** Gábor Békési. **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt. **Coverfoto:** Orthodoxe Feriengäste in Graubünden, Foto: © Michael Melcer und Patricia Schon, 2008

Integration braucht Chancengleichheit

INTEGRATION Wiens Integrationstadträtin Sandra Frauenberger unterzieht den Nationalen Aktionsplan für Integration einer kritischen Analyse und argumentiert, warum der Bund besser daran täte, sich stärker am »Wiener Weg« zu orientieren.

Der Nationale Aktionsplan für Integration (NAP I) und seine Entstehung hat in der öffentlichen Debatte für heftige Diskussionen gesorgt. Auch wenn der NAP I in einigen Bereichen durchaus positive Ansätze hat, wie z.B. das Bekenntnis zu Antidiskriminierung, die Harmonisierung von Aufenthalt und Arbeitsmarktzugang, oder das Bestreben mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Dienst aufzunehmen, so ist er doch in wesentlichen Bereichen unausgegoren und schwammig. Konkret wird es nur dort, wo es um neue Hürden geht, die ein Ziel haben: Zuwanderung zu verhindern und damit der Zukunft des Landes zu schaden.

Integration wird im NAP I weniger als Chance für die Gesamtgesellschaft denn als Problem begriffen. Hier hat Wien einen anderen Zugang. Mein integrationspolitisches Ziel ist es, in Vielfalt respektvoll zusammenzuleben und eine gemeinsame Sprache zu sprechen. Getragen von einer klaren Haltung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Wien hat dafür ein fundiertes Integrationskonzept. Das Fundament lautet »Zuwanderung ist klar und transparent zu regeln und unabhängig an Integrationsmaßnahmen zu koppeln«. Es hat vier Eckpfeiler: »Sprache«, »Bildung & Arbeit«, »Zusammenleben« und »Messbarkeit«.

VIER ECKPFEILER

Die einzelnen Maßnahmen sind diesen vier Eckpfeilern zugeordnet und richten sich überall dort, wo es notwendig ist, ausschließlich an MigrantInnen. Dort, wo es sinnvoll ist und darum geht, den sozialen Aufstieg insgesamt zu fördern, sowohl an MigrantInnen als auch an sozial schwache bzw. bildungsferne Personen. Den Rahmen, also quasi das Dach, bildet ein breites Bündnis gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Dieses Konzept ist nicht nur politisches Programm, sondern auch von ExpertInnen wissenschaftlich abgesichert. Hier hätte

man beim NAP, so wie er jetzt auf dem Tisch liegt, jede Menge Anleihe nehmen können.

Die mangelnde Einbindung der und Abstimmung mit den Ländern, Gemeinden, Interessensvertretungen, NGO's und ExpertInnen ist daher auch einer der wesentlichen Kritikpunkte am NAP I. In den Ländern und Gemeinden passiert die praktische Integrationsarbeit. Sie haben die Erfahrung, sie wissen wohin der Zug fahren muss. Insbesondere Wien hat im Integrationsbereich ein Reihe von Best-Practice-Modellen aufzuweisen. Mit dem umfassenden Programm zur Niederlassungsbegleitung »Start Wien« werden NeuzuwanderInnen vom ersten Tag an gezielt unterstützt, so rasch als möglich in Wien Fuß zu fassen – vom Erlernen der Sprache über den Einstieg in den Arbeitsmarkt bis hin zum Zusammenleben. Wien zeigt mit der Einrichtung der Wiener Zuwanderungskommission wie wichtig und auch hilfreich ein breiter Diskurs und die Einbeziehung von ExpertInnen und NGO's ist.

Die Kommission hat wesentliche Szenarien entwickelt, die aufzeigen, welche Strategien und Maßnahmen für Wien in den nächsten zehn Jahren sinnvoll und notwendig sind. Wir haben mit dem Bericht der Kommission ein bestens geeignetes Navigationsinstrument in der Hand! Der NAP beinhaltet außerdem weder Zeitpläne noch Finanzierungskonzepte für die vorgeschlagenen Maßnahmen.

Für einen gesellschaftspolitisch so wichtigen Themenbereich ist es unerlässlich, dass auch der Bund entsprechende Geldmittel in die Hand nimmt, etwa wenn es um den Spracherwerb geht. Denn die Sprache ist zweifellos der Schlüssel zur Integration, das bestreitet heute auch niemand mehr. Wien bietet als einziges Bundesland den 300-Euro-Sprachgutschein an, den die Menschen vor Kursbeginn einlösen können (Bundesregelung: 50% der Kurskosten in der Höhe von ca. 1.500

Euro werden erst nach erfolgreichem Abschluss rückerstattet!). Der Knackpunkt beim Spracherwerb lautet also: Die entsprechenden Kurse müssen leicht zugänglich und vor allem kostengünstig sein. Denn die Menschen wollen Deutsch lernen, wie das Wiener Modell eindrucksvoll belegt: Über 10.000 Menschen pro Jahr besuchen die von der Stadt geförderten Sprachkurse!

Nicht nur, dass insbesondere beim Thema Spracherwerb keine Rede davon ist, wie das finanziell vernünftig und für die Menschen auch leistbar organisiert werden kann, sieht der Nationale Aktionsplan eine weitere Verschärfung vor. Deutschkenntnisse vor der Einreise für Familienmitglieder von niedrig qualifizierten Drittstaatsangehörigen zu verlangen ist schlichtweg nicht umsetzbar. In einer Reihe von Ländern fehlen die infrastrukturellen Voraussetzungen. Die Goethe-Institute sind laut ExpertInnen jetzt schon an der Kapazitätsgrenze, außerdem extrem hochschwellig und in der Türkei beispielsweise nur mit vier Einrichtungen vertreten. Österreich selbst verfügt über keine internationalen Sprachinstitute.

Bei dieser neuen Regelung geht es auch nicht darum, dass die Menschen schneller und besser Deutsch lernen, sondern es wird eine neue Hürde aufgebaut, die Zuwanderung verhindert und aus meiner Sicht massiv der Chancengleichheit widerspricht. Die Angehörigen des Managers dürfen kommen, die des Facharbeiters nicht. Vernünftige Integrationspolitik muss darauf abzielen, dass alle unabhängig vom Bildungszugang- und niveau die gleichen Voraussetzungen haben. Zudem ist zu bedenken: Eine Sprache lernt man durchs Sprechen. Und das am besten vor Ort. Unsere Erfahrungen aus der Niederlassungsbegleitung zeigen auch: Oberstes Ziel der ZuwanderInnen ist es schnell Deutsch zu lernen.

Und nun zum wichtigsten Punkt: Was Österreich dringend braucht, sind vor allem klare Regelungen für die Zuwanderung. Die geltenden Bestimmungen verunsichern die Menschen. Es muss für alle leicht nachvollziehbar sein, wer kommen kann und wer nicht. Wir brauchen in der Debatte

um Zuwanderung Sachlichkeit und Transparenz, gerade auch um bestehenden Ängsten wirksam gegenzusteuern zu können. Deswegen hat Wien die Zuwanderungskommission beauftragt ein entsprechendes nachvollziehbares und von klaren Kriterien geleitetes Modell auf ExpertInnenebene auszuarbeiten. Dieses Modell wird auch im Sinne einer Empfehlung für die Bundesebene erarbeitet. Es geht dabei vor allem darum, Wien als Standort im Wettbewerb um die »besten Köpfe und Hände« in Position zu bringen und das Potential, die Qualifikationen, die ZuwanderInnen mitbringen, bestmöglich zu nutzen, damit alle von einer sozial und wirtschaftlich sicheren Zukunft profitieren.

WIEN: AUF DEM RICHTIGEN WEG

Der Bericht der Kommission »Migration/Mobilität/Vielfalt« zeigt ganz klar: Wien ist mit seinem Integrationskonzept auf dem richtigen Weg und diesen Weg gilt es im Hinblick auf große Herausforderungen der nächsten Jahre auszubauen. Eine dieser zentralen Herausforderungen ist ohne Zweifel die EU-Binnenmigration, die durch die Freizügigkeit des Arbeitsmarktes ein wesentlicher Faktor sein wird. Für diese Zielgruppe brauchen wir passgenau zugeschnittene Angebote, de facto ein »StartWien« Programm für EU-BürgerInnen. Denn sie brauchen ebenso von Beginn an eine Orientierung, was den Spracherwerb, den Arbeitsmarkt, das Bildungssystem, das Gesundheitssystem, das Zusammenleben etc. betrifft – wie Drittstaatsangehörige. Wien wird sich jedenfalls mit dem Bericht der Kommission und den insgesamt 28 Punkte an Vorschlägen, Anregungen und Empfehlungen intensiv auseinandersetzen.

Der NAP I verfügt zwar, wie gesagt, über einige richtige Ansätze, ist aber von einem nationalen Aktionsplan noch weit entfernt. Dafür ist es eben notwendig, alle relevanten Player miteinzubeziehen. In Wahrheit hätte man für die Entwicklung eines tatsächlichen nationalen Aktionsplanes eine Zuwanderungskommission gebraucht, wie Wien sie eingerichtet hat. Wien ist zu echter Mitarbeit bereit, wenn das beschlossene Papier der Startschuss für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema Integration ist.

Die Vorgangsweise, der Zugang bei der Erstellung des NAP I, ist auch ein weiterer Beweis, dass Integration vom Thema Sicherheit entkoppelt werden muss. Das bekräftigen übrigens auch die ExpertInnen der Wiener Zuwanderungskommission. Sonst kommen wir nie aus der politisch höchst problematischen Vermengung von Kriminalität und Zuwanderung heraus. Sonst fokussieren wir in Zusammenhang mit der gesamten Thematik Migration und Integration immer wieder nur auf Problemlagen und Defizite, auf denen die FPÖ letztlich ihre Verhetzungspolitik aufsetzt.

Ich bin daher zutiefst davon überzeugt, dass der Wiener Weg der richtige Weg ist und wir nicht trotz, sondern gerade wegen unserer Integrationspolitik gewählt werden – einer Integrationspolitik, die auf den Grundwerten der Sozialdemokratie fußt: Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit. 

SANDRA FRAUENBERGER

ist seit 2007 Amtsführende Stadträtin für Integration, Frauen, KonsumentInnenschutz und Personal in Wien und seit 2009 Vorsitzende der SPÖ-Bezirksorganisation Margareten.

Da gibt es also nun einen Nationalen Aktionsplan für Integration, der jene österreichische »Integrationspolitik« fortsetzt, die bereits vor Schwarz-Blau in die Wege geleitet wurde und die offenbar »Sprache« (= die deutsche Sprache) als Basis für gelungene Integration betrachtet. Gleich acht Seiten umfasst im NAP das Handlungsfeld Sprache und Bildung und spiegelt damit, was die Frau Ministerin Fekter auf der Homepage des Österreichischen Integrationsfonds meint: »Gute Deutschkenntnisse sind der Schlüssel für eine Teilhabe in der Gesellschaft und damit für erfolgreiche Integration.«

In der Präambel des NAP für Integration findet sich dann sogar noch eine genauere Definition: »Erfolgreiche Integration liegt vor, wenn jedenfalls ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache für das Arbeitsleben, für die Aus- und Weiterbildung sowie für den Kontakt zu öffentlichen Einrichtungen vorhanden sind, die wirtschaftliche Selbsterhaltungsfähigkeit gegeben ist sowie die Anerkennung und Einhaltung der dem Rechtsstaat zugrundeliegenden österreichischen und europäischen Rechts- und Werteordnung vorliegen.«

»ERFOLGREICHE INTEGRATION« MESSEN?

Zum Beispiel Frau M., Mitte 50, gebürtige Bosnierin. Frau M. lebt seit über 30 Jahren in Österreich, arbeitet fast ebenso lang in einem Restaurant im ersten Bezirk. Frau M. spricht nahezu fließend Deutsch. Sie hat hier drei Kinder groß gezogen: ein Sohn ist Akademiker, die beiden anderen haben höhere Schulen mit Matura abgeschlossen. Frau M. hat als Kind die Schule nicht besucht, in Österreich hat sie als Erwachsene genug Lesen und Schreiben gelernt, um die Aufgaben des Alltags zu bewältigen. Für komplexere Fragen hat sie ausreichend Unterstützung von ihrer Familie. Frau M. ist glücklich, sie mag Österreich, fühlt sich diesem Land verbunden und ist mit ihrem Leben zufrieden.

Zum Beispiel Herr A., Anfang 40, gebürtiger Afghane. Herr A. lebt seit ca. 15 Jahren in Österreich, arbeitet als Hilfsarbeiter in einem Produktionsbetrieb, vor kurzem hat er den

Sprache als Selektionsmechanismus

INTEGRATION Anhand konkreter Fallbeispiele zeigt Angelika Hrubesch auf, wie problematisch der Umgang mit Fragen des Spracherwerbs in der aktuellen Integrationsdebatte oftmals ist. Die These der Autorin: Ob und wie zugewanderte Menschen integriert werden, sei für die Innenministerin nachrangig – es gehe um Selektionsmechanismen, mit denen der Familiennachzug erschwert werden soll.

Staplerführerschein gemacht. In Afghanistan hat er ein Universitätsstudium abgeschlossen. Er ist ausgebildeter Lehrer, das wird hier aber nicht anerkannt. Herr A. hat zwei kleine Kinder, für die er nun endlich einen Kindergartenplatz bekommen hat – schwierig, weil seine Frau nicht berufstätig ist. Herr A. spricht gut Deutsch, hat schon Kurse besucht und fängt immer wieder neue an, aber er hat »viel am Hals«, da muss er immer wieder unterbrechen und kann so einen Kursbesuch oft erst Monate später fortsetzen. Das ist mühsam und vor allem auch teuer, weil es kaum geförderte Kursplätze auf seinem Sprachniveau gibt. Für ein Universitätsstudium reicht es trotzdem nicht aus.

Was haben nun Frau M. und Herr A. mit dem Nationalen Aktionsplan für Integration zu tun? Und was hat der Nationale Aktionsplan mit dem Sprachenlernen zu tun? Und warum ist das, was drinsteht nicht gut, obwohl doch angeblich gut gemeint? Was sind »ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache für das Arbeitsleben, für die Aus- und Weiterbildung sowie für den Kontakt zu öffentlichen Einrichtungen«? Wie wird das im Nationalen Aktionsplan für Integration gesehen und vor allem: Was ist daran auszusetzen?

SPRACHE ≠ DEUTSCH

Was in der Präambel noch »Kenntnisse der deutschen Sprache« heißt, wird in Folge fast ständig als »Sprachkenntnisse« bezeichnet. Heißt also »Deutsch« = »Sprache«, und wer nicht Deutsch kann, ist sprachlos? Es mag kleinlich scheinen, das gleich als ersten Punkt hervor zu heben, prägt aber das Bild, das von den ZuwandererInnen im NAP gezeichnet wird und unterstützt eine abwertende Haltung. Fragt sich also, was gemeint ist, wenn die »Teilnahme an Sprachkursen« bedeutsam scheint – welche Sprachkurse sollen die an der zitierten Stelle genannten Frauen denn besuchen?

Die massiven Auswirkung dieser kleinen »Sprachschlammerei« sind bereits jetzt beim Feststellen der Deutschkenntnisse im letzten Kindergartenjahr zu sehen. Da wurde ein Verfahren entwickelt, das zur »Erfassung der Sprachkompetenz« (BESK, z.B. abrufbar unter http://www.sprich-mit-mir.at/app/webroot/files/file/hb_besk.pdf) eingesetzt wird, in Wirklichkeit aber die Deutschkompetenz erfasst, ungeachtet der ersprachlichen Fähigkeit der Kinder. Wer dann also nicht gut genug Deutsch kann, wird als nicht schulreif eingestuft, auch wenn er/sie vielleicht auf Türkisch, Serbisch oder auch Pashtu höchst eloquent wäre und aufgrund der kognitiven und motorischen Fertigkeiten in die Schule gehen müsste.

DEUTSCH ≠ INTEGRATION

Wer also nun eine Sprache, also Deutsch, kann, hat die besten Voraussetzungen zur erfolgreichen Integration. Nun, das ist ja unumstritten. Nur: welche Deutschkenntnisse braucht denn die Integration? Wie viel? Und unter welchen Bedingungen? Da ist im NAP von einer Ausweitung der Integrationsvereinbarung die Rede, die bereits 2003 und 2006 von ExpertInnen unterschiedlicher Bereiche, vor allem aber auch der Sprachdidaktik und Sprachwissenschaft kritisiert wurde (siehe dazu die Sammlung abgegebener Stellungnahmen und angeführter Artikel unter www.sprachenrechte.at). Die Hauptkritikpunkte seien hier noch einmal zusammengefasst.

Statt sinnvolle Angebote zum Deutschlernen zu schaffen, wurde den ZuwandererInnen auferlegt, die deutsche Sprache innerhalb eines bestimmten Zeitraums in allen Fertigungsbereichen auf einem bestimmten Niveau zu beherrschen. Bewiesen muss dies mit dem Ablegen einer Prüfung werden, deren Nichtbestehen existenzielle Auswirkungen auf die Betroffenen hat (im Extremfall nämlich die Ausweisung, wie bereits 2009 passiert).

Da liegt die Befürchtung nahe, dass der NAP keine Verbesserung plant wenn er festschreibt: »Im Rahmen der Integrationsvereinbarung soll eine Sprachkompetenz (sic!) entsprechend dem Niveau B1 [...] erreicht werden. Neuzuwanderer/innen sollen dabei unterstützt werden, Grundkenntnisse der Rechtsordnung, der Geschichte und Kultur Österreichs zu erwerben.« (NAP I, S. 15)

Da ist plötzlich gar keine Rede mehr von »ausreichenden Kenntnissen für Arbeit, Aus- und Weiterbildung und den Kontakt zu öffentlichen Einrichtungen«, denn die würden individuell ganz anders aussehen. Frau M. braucht andere Deutschkenntnisse als Herr A., Frau M. bräuchte auch einen anderen Kurs als Herr A., weil sie ja nicht besonders gut lesen und schreiben kann. Herr A. wiederum bräuchte viel flexiblere Kursmodelle, weil er aufgrund seiner unterschiedlich intensiven Arbeitszeiten, der kleinen Kinder und seiner schwierigen psychischen Situation nicht durchgehend über einen längeren Zeitraum demselben Kurs zu denselben Zeiten folgen kann. Da geht's jetzt aber um »Rechtsordnung«, »Geschichte und Kultur«, also nicht mehr darum, was die ZuwandererInnen brauchen, sondern um das, was der Staat will und das ist ja vielleicht auch wichtig, wenn ein »zentrales Anliegen integrationspolitischer Bemühungen« vor allem auch die »Herausbildung eines österreichischen Wir-Gefühls« ist (NAP I, S. 3). Ich fürchte, ich bin da nicht integriert.

Einheitskurse, eine Hinaufsetzung des gewünschten Sprachniveaus bei verpflichtendem Ablegen einer Prüfung werden die Folge sein. Druck und Angst für ZuwandererInnen auch. Und Druck und Angst verhindern höchstens erfolgreiches Sprachenlernen, unterstützen es jedenfalls nicht. Und: »Sprachliche Integrationsmaßnahmen vor Zuzug« (Das lasse man sich auf der Zunge zergehen – was soll denn das sein?) werden es denjenigen, die hier ankommen, möglicherweise erleichtern, den ersten 100 Einheiten eines Deutschkurses zu folgen; sie werden es aber vor allem verhindern, dass viele kommen oder es ihnen zumindest schwerer machen. Da blüht vor allem das

Geschäft: Prüfungen werden entwickelt und Prüfungslizenzen verkauft, Kursangebote werden geschaffen und müssen bezahlt werden, Zimmer in Nähe der Kurs- und Prüfungsinstitute werden vermietet. Ein ganzer Markt entsteht da und nicht immer ein legaler. Und der Unmut in den Communities wächst. Weil das nicht als Unterstützung, sondern als Schikane empfunden wird, wenn EhegattInnen oder Eltern nicht mehr nachziehen dürfen. Das alles ist übrigens bereits in Deutschland zu sehen, das im NAP als, allerdings positives, Beispiel genannt.

SPRACHE ≠ SELEKTION

Sprache wird letztlich hier als Selektionsinstrument instrumentalisiert und das kann auch nicht beschönigt oder irgendwie gerechtfertigt werden. Dagegen wehre ich mich – als Person, die die deutsche Sprache unterrichtet. Auch deshalb, weil ich es für sinnvoll halte, wenn ZuwandererInnen Deutsch können. Das, was integrationspolitisch in Österreich, wie auch in den anderen im NAP zitierten Ländern, zurzeit passiert, ist aber, dass die Sprache an Stellen benützt wird, wo andere Gesetze nicht mehr greifen. Der Staat darf im Rahmen des Familiennachzugs keine Selektion vornehmen – aus guten Gründen! Da benutzt er nun die Sprache, um jene zu schikanieren, die er am wenigsten will.

Warum müssen EU-BürgerInnen keine Integrationsvereinbarung erfüllen? Weil sie sich aufgrund ihrer festgeschriebenen Freizügigkeit dieser Gesetzgebung entziehen. Oder weil sie es nicht brauchen? Weil Französisch im Gegensatz zu Türkisch eh eine Sprache ist? Oder weil man die gar nicht schikanieren will, weil sie die richtigen »traditionsbedingten Einstellungen« (S. 12) haben? Warum fühlt sich jemand bemüßigt, dem Gedanken an eine A1-Prüfung vor Zuzug schon im NAP den Beisatz »unter Beachtung der europa- und verfassungrechtlichen Bestimmungen« (S. 15) hinzuzufügen? Weil schon beim Schreiben klar ist, dass man sich da an der Grenze bewegt? Dass das eigentlich gar nicht geht? Dass es dem Menschenrecht auf Familienleben widerspricht?

WER SIND DIE EXPERTINNEN?

Die Kritik am Zwangscharakter der Kurse, an der mangelnden Flexibilität der Angebote, an der geringen Rücksichtnahme auf unterschiedliche Zielgruppen und deren Bedürfnisse, an der Knüpfung von Prüfungserfolg an existenzielle Faktoren, an der Prüfung des Österreichischen Integrationsfonds ist nicht neu. Sie wurde von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis mehrfach vorgebracht. Sie ist begründet und belegt und an vielen Stellen nachzulesen. Nur: Wer sind jene »zahlreichen nationalen und internationalen Expert/innen aus Wissenschaft und Praxis«, die der NAP zitiert (S.5). Oder: Wie wurden und werden die Aussagen der ExpertInnen da interpretiert?

Niemand, schon gar keine Integrations- oder SprachexpertInnen und vor allem auch nicht die ZuwandererInnen selbst, würden bestreiten, dass das Lernen der deutschen Sprache sinnvoll ist, wenn man in Österreich leben möchte. Natürlich sollen und wollen ZuwandererInnen in Österreich Deutsch lernen. Sie müssen dafür aber adäquate Angebote vorfinden. Und adäquat heißt: leistbar, zeitlich passend bzw. flexibel, zielgruppengerecht, den persönlichen Vorkenntnissen und Bedürfnissen entsprechend. Es gibt viele ExpertInnen, die den Staat bei der flächendeckenden Planung und Einrichtung solcher Angebote unterstützen könnten. Wenn der Staat wollte ...

Übrigens: Frau M. fühlt sich in Österreich ausgezeichnet integriert. Sie hat Kontakt zu vielen ÖsterreicherInnen, ihre Arbeit gefällt ihr, sie weiß, dass sie hier in Wien alt werden wird, schon allein, weil ja auch ihre Kinder hier leben und arbeiten. Weil diese Entscheidung jetzt getroffen ist, hätte sie nun gern die österreichische Staatsbürgerschaft (laut NAP der »Endpunkt eines umfassenden Integrationsprozesses«) – da ist sie aber leider zu spät dran, denn seit 2006 muss dafür eine Deutschprüfung abgelegt werden und an deren schriftlichen Teil scheitert Frau M. leider. Kleiner Trost: Sie ist schon lang genug da, ihre Aufenthaltsberechtigung kann ihr nicht mehr entzogen werden. Immerhin könnte heute sie erst gar nicht

mehr kommen, weil sie eine Prüfung auf A1-Niveau vor der Einreise nicht schaffen würde.

Herr A. fühlt sich nicht integriert, trotz all seiner Bemühungen. Er hat das Gefühl, er würde an den Rand gedrängt. Weil er nicht dort arbeiten kann, wo er gern möchte. Weil seine Bemühungen nicht anerkannt werden. Weil keiner mit ihm redet. Seinen Beruf als Lehrer könnte er hier höchstens im islamischen Religionsunterricht ausüben, was er aber nicht möchte, fühlt er sich doch dem Islam gar nicht so sehr verbunden. Die einzige Ausbildung, die ihm das AMS nahegelegt hat, war jene als Staplerfahrer, die hat er auch erfolgreich absolviert. Er wird weiterhin »stückchenweise« Kurse besuchen, die seinen Bedürfnissen entsprechen. Auf eigene Kosten übrigens und im eigenen Interesse. Die österreichische Staatsbürgerschaft hat er schon. 

ANGELIKA HRUBESCH

unterrichtet seit mehr als zehn Jahren Alphabetisierung und Deutsch als Zweitsprache für MigrantInnen. Derzeit ist sie am Jugendbildungszentrum an der VHS Ottakring verantwortlich für den Bereich Alphabetisierung und Basisbildung. Sie ist aktiv tätig im Vorstand des ÖDaF (Österreichischer Verband für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache), und im Netzwerk SprachenRechte.



ORTHODOXE FERIENGÄSTE IN GRAUBÜNDEN, FOTO: © MICHAEL MELCER UND PATRICIA SCHON, 2008

HAST DU MEINE ALPEN GESEHEN?

JÜDISCHES MUSEUM WIEN

»Die Geschichte der Alpen gibt im Groben und Abgekürzten die Geschichte Europas, das heißt, unserer Gesittung«, so schrieb Arnold Zweig 1940 in Haifa in seinem erst lange nach seinem Tod erschienenen Buch »Dialektik der Alpen. Fortschritt und Hemmnis«. Für die europäischen Juden waren die Berge in der Mitte des Kontinents von jeher Faszinosum, Herausforderung und Rätsel zugleich. Diese Verschwendung der Natur, diese Üppigkeit von Schönheit, Schroffheit und Energie musste einen Sinn haben, den es zu entdecken galt. So begann eine wechselvolle Beziehungsgeschichte, die Geschichte einer oftmals enttäuschten Liebe.

Bis 14. März 2010
Palais Eskeles
Dorotheergasse 11
1010 Wien

Sonntag bis Freitag
10:00 bis 18:00 Uhr
Samstag geschlossen
www.jmw.at

HAST DU MEINE ALPEN GESEHEN?

JÜDISCHES MUSEUM WIEN



Warum überhaupt Ausländer einwandern lassen?

KOMMENTAR Österreich den ÖsterreicherInnen bzw. den Österreicherinnen und Österreichern?

Mein Eindruck ist: Die Innenministerin ist zögerlich. Zizerlweise lässt sie sich das Konzept aus der Nase – pardon –, aus ihrem Ministerium ziehen, welche Voraussetzungen Leute erfüllen müssen, die in Österreich einwandern wollen. Jetzt müssen sie also bereits Deutsch können. Gut. Aber wollen wir wirklich noch mehr deutsche Zuwanderer? Reicht es nicht aus, dass mittlerweile schon wesentliche Teile der österreichischen Gastronomie gar nicht mehr österreichisch bedient werden können?

Warum nicht gleich eine klare Regel? Warum nicht festlegen, dass nur noch Österreicher nach Österreich einwandern dürfen? Sind die Vorteile, die dieser endgültige Schritt für alle Beteiligten hätte, überhaupt evaluiert worden? Die Zahl der Zuwanderer könnte in Grenzen gehalten werden. Die österreichische Gastfreundschaft wäre wieder in österreichischer Hand und würde österreichisch klingen. Allenfalls wäre so auch der numerus clausus-Flucht deutscher StudentInnen ein Riegel vorzuschieben. Mühsame Sprachtests wären jedenfalls nicht notwendig, wenn die Berechtigung über den Reisepass nachgewiesen würde – und vielleicht auch nicht zweckmäßig. Denn – Hand aufs Herz – sind wir sicher, dass alle Österreicher deutsch zu sprechen in der Lage sind?

Das einzige, was vielleicht doch noch bedacht werden sollte, wären Quoten für den Fremdzug von Angehörigen anderer Bundesländer und Bezirke, um einer Überfremdung gewachsener Kulturen im unmittelbaren Lebensumfeld entgegen zu wirken.

POLITICALLY CORRECT LANGUAGE

Ich selbst habe mich bisher nicht wirklich entscheiden können, ob ich lieber immer die weibliche und die männliche Form des Ausdrucks verwende – denn das macht die Texte schon

viel länger, zumal wenn man bloß mit einem Finger schreibt – oder ob ich grundsätzlich zum großen »I« übergehe.

Nun zeigt sich, dass es ganz vehemente SprachwächterInnen bzw. eben Sprachwächter und Sprachwächterinnen gibt, die das große »I« heftig ablehnen, ja bekämpfen. Ich habe mich daher anlässlich eines kleinen Abendimbisses gefragt, ob es nicht alternative Ausdrucksformen gäbe, die geschlechtsneutral und insoweit korrekt wären und weniger Widerstand hervorriefen. Den entscheidenden Hinweis verdanke ich dem Imbiss: Ein Paar Frankfurter, kurz Würstchen. Die Anfügung der Buchstabenkombination »-chen« am Ende des fraglichen Hauptwortes könnte das Problem vielleicht lösen und würde zusätzlich eine freundliche Note in die Sprache bringen. Das wäre doch gerade in Zeiten wie diesen gar nicht so schlecht – zur Aufheiterung des tristen Wirtschaftskrisenalltags?

Also wie wäre es denn mit folgenden Mustern: Im Brief an den/die politischen Feund/politische Freundin würde es dann lauten »liebes Freundchen!«, die Vorgesetzten wären »Chefchen«, Regierungsmitglieder »Ministerchen« oder eben »Kanzlerchen«. Auf den obenstehenden Text angewendet ginge es um das »Innenministerchen« bzw. »Studentchen« aus Deutschland usw. Und wenn man bei alledem auch ein bisschen positiv denkt, dann fällt einem doch auch das »Schätzchen«, das – allenfalls auch weiße – »Mäuschen« ein. Könnten wir nicht auf diese Weise die Sprachwächterchen zufrieden stellen? 

CASPAR EINEM

ist Chefredakteur der ZUKUNFT.

Selbstenthauptet – Kulturpolitik zu Zeiten ihrer neoliberalen Nichtigkeit

SCHWERPUNKT Um der Funktion von Kulturpolitik gerecht zu werden, dürfe Kunst nicht als »autonomes System« gesehen werden, sondern sei als Terrain politischer und ökonomischer Auseinandersetzungen zu betrachten, meint Martin Wassermair. Das erfordere es auch, gerade auf dem Gebiet der Kultur, dem Wahn des »New Public Management« zu entrinnen. Für die Sozialdemokratie biete das die Chance, »die Talsohle der selbstverschuldeten Daseinskrise« zu überwinden.

Wer versucht, Kulturpolitik aus der Perspektive der globalen Finanzkrise zu beleuchten, blickt zuallererst in schaurige Finsternis. Anders sind die Hervorbringungen der neoliberalen Dogmen nicht zu deuten, die in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen tiefe Furchen gezogen haben. Die Trennung von Staat und Privat, ein Akt der politischen Selbstenthauptung, unterwarf die ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung dem globalen Primat einer unheilvollen Ideologie, die sich nun – nach Jahrzehnten des Raubzugs am Gemeinwesen – in ihrer ganzen parasitären Dimension offenbart.

Nun darf die Welt weitgehend ohnmächtig und ratlos zusehen, wie etwa über die Sanierungspakete der Banken genau jene Konzerne, Unternehmen und Finanzkonglomerate die kostenschwere Risikohaftung wieder an den Staat zurückspielen, die noch zuvor mit der Privatisierung öffentlicher Güter und Leistungen enorme Profite erzielen konnten. Diese Umkehrung des Solidarprinzips erschüttert das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und wirft die Frage auf, wie es überhaupt dazu kommen konnte, dass sich Politik auf so vielen Ebenen in den Zustand ihrer neoliberalen Nichtigkeit begibt.

Vielleicht kann das kleine Österreich dazu Auskunft geben. Schon Mitte der 1980er-Jahre wurde auch hierzulande ein Trend eingeleitet, der Aufgabenbereiche von allgemeinem Interesse dem Wettbewerb eines uneingeschränkten Marktes überlassen will: Energie und Verkehr, Altersvorsorge und Gesundheit, aber auch Bildung, Medien, Kunst und Kultur. Und so sehr sich die auf ihr schutzbedürftiges Image bedachte Nation immer wieder verträumt und glamourös präsentiert,

so sehr muss auch die Rolle der Kulturpolitik, die auf Bundesebene zu einem überwiegenden Teil der sozialdemokratischen Regierungsverantwortung zuzuordnen ist, einer kritischen Bewertung unterzogen werden. Jedenfalls beschrieb der Kulturpublizist Simon Sheik schon vor Jahren insbesondere die Kunstwelt »als ein Schlachtfeld, auf dem unterschiedliche ideologische Positionen nach Macht und Souveränität streben«. Folgerichtig tritt er dafür ein, die Kunst nicht als ein »autonomes System« zu betrachten, sondern als ein Terrain der Auseinandersetzung von Ökonomie und Politik. Das erfordert Theoriebildung und Reflexion, kulturelle und mediale Praxen, die politische Kontexte erzeugen, sowie ein deutliches Bekenntnis zur finanziellen Gewährleistung von Ausdrucksvielfalt, Dissens und Konflikt. In Österreich hingegen genießt die Kunst eher das ministerielle Ansehen einer Schatzkammer, die es zu hegen und zu pflegen gilt – gerade so, als gäbe es kein globalisiertes Außen und ebenso wenig einen unaufhaltsamen Lauf der Geschichte.

BETRACHTUNG VON GESELLSCHAFT

Jedenfalls haben die Richtlinien der im Föderalismus verstreuten Förderinstanzen bislang nur unzulänglich zur Kenntnis genommen, dass sich die Informations- und Medienlandschaft in einem Prozess tiefgreifender Veränderungen befindet, der sich mit der Digitalisierung in den kommenden Jahren noch weiter beschleunigen wird. »Die allgemeine Ökonomisierung der Betrachtung von Gesellschaft weltweit«, konstatiert Ulrich Timmermann, Medienexperte des WDR, »ist nicht zuletzt Ausdruck einer Entwicklung, die den einen harte Zeiten beschert, den anderen aber Unmengen von Geld«. Was gegenwärtig mit dem Schlagwort »Konvergenz« umschrieben wird,



KONRAD BECKER/MARTIN WASSERMAIR (HRSG.)
Kampfbzonen in Kunst und Medien. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik
 Löcker Verlag, 237 Seiten
 19,80 Euro

manifestiert sich in einer rasant anwachsenden Anzahl von Content- und Vertriebsangeboten, die wiederum der Medienindustrie – abgesehen von beachtlichen Erträgen – den Weg zu kultureller Macht und politischem Einfluss ebnet. Kulturpolitik, die nicht alleine den Paradigmen einer Kosten-Nutzen-Rechnung des freien Marktes folgt, sollte nicht tatenlos zusehen, dass die Produktion der Inhalte sowie deren Verwertung in die Hand einzelner Medienhäuser gelangen, die dann auch noch über die Telekommunikationskanäle herrschen.

Mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung und gesellschaftliche Teilhabe steht auch die Pluralität der kulturellen Ausdrucksformen auf dem Spiel, wenn die Zukunft der neuen Informationstechnologien dem entfesselten Wettkampf um Reichweite und Renditen überlassen bleibt. Derartige Szenarien finden allerdings kaum Beachtung, was auch deshalb sehr erstaunlich ist, weil gerade der öffentlich-rechtliche Sektor, dessen zeitgemäße Gewährleistung zu den kultur- und medienpolitischen Kernaufgaben zählt, nachhaltig beschädigt wird.

Überhaupt steht der Besitz der Allgemeinheit, ein geradezu historisches Postulat der Sozialdemokratie, auch im Zentrum einer zum Teil erbittert geführten Debatte um das so genannte »Geistige Eigentum«. Insbesondere das Urheberrecht, das noch immer nationalstaatlich geregelt und in der juristischen Handhabung nur schwer durchschaubar ist, bleibt angesichts der technologischen Neuerungen im digitalen Zeitalter stark umstritten. Vor allem im Internet hat sich eine Remix- und Sampling-Kultur etabliert, in der Bilder, Videos und Musik in modifizierter Form veröffentlicht werden. Die Copyright-Industrie lässt gegen das weit verbreitete Filesharing ihre Muskeln spielen und setzt dabei auf rigorose Strafverfolgung. Mit fatalen Folgen, deren Tragweite eigentlich kein kulturpolitisches Zaudern duldet.

Denn die Monopolisierung des Zugangs zu Kulturgütern, Wissen und Bildung erweist sich schon alleine deshalb als verhängnisvoll, weil, wie die kanadische Urheberrechtsexpertin



KONRAD BECKER/MARTIN WASSERMAIR (HRSG.)
Phantom Kulturstadt. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik II
 Löcker Verlag, 283 Seiten
 19,80 Euro

Rosemary Coombe warnt, in den »Konsumgesellschaften die Mehrzahl der Bilder, Texte, Motive, Label, Logos, Melodien und sogar Farben und Gerüche« in letzter Konsequenz der Kontrolle und der Verfügungsgewalt einiger weniger unterliegen, von der die Verwertungskonzerne profitieren, nicht aber die Kunstschaffenden und Kreativen, für die das Urheberrecht in der Mitte des 19. Jahrhunderts geschaffen wurde.

KAMPF UM VORMACHTSTELLUNG

Kulturpolitik, die ökonomische und soziale Entwicklungen in ihrer Gesamtheit erfasst und daraus zukunftsorientierte Schlüsse zieht, darf nicht, wie es Frankreich mit dem unsäglichen Hadopi-Gesetz vorexerziert, durch Strafverschärfungen und Internetsperren neue Schranken errichten. Eine der Lehren aus der neoliberalen Selbstenthauptung sollte schon eher sein, über neue Systeme nachzudenken, die der Vielfalt medialer Interaktions- und Ausdrucksformen gerecht werden und eine Existenzgrundlage für die künstlerische Tätigkeit schaffen, die vorerst noch zwischen den Mühlsteinen von Prekarisierung und Sozialabbau zerrieben wird.

Die Entkoppelung von Einkommen und der Verwertung aus urheberrechtlichen Ansprüchen könnte einen Ausweg bieten. »Gesetze über das geistige Eigentum«, ist Coombe überzeugt, »führen zu großen Machtunterschieden zwischen den sozialen Akteuren im Kampf um die Vormachtstellung«. Die globale Krise bietet die Möglichkeit, andere Vergütungsmodelle zu erproben, vielleicht auch durch die Einführung einer dedizierten Steuer auf kommerzielle Nutzungserträge, um schließlich auf diese Weise eine gerechtere Wertschöpfungskette zu verwirklichen. Ideen und Überlegungen gibt es in großer Zahl, sie könnten einer neuen Selbstbehauptung der Kulturpolitik wertvoller Anstoß sein.

Kämpfe um Vormachtstellung entpuppen sich ganz generell als Merkmal der neoliberalen Epoche, die mit dem Rückzug der Kulturpolitik in die eigene Bedeutungslosigkeit alleine nicht zu erklären ist. Ein unheilvolles Bündnis

der Konservativen mit der extremen Rechten skandiert nicht mehr nur den »Kampf der Kulturen«, er nimmt auch in Medien und Alltagsleben mittlerweile hegemoniale Ausmaße an. Die Ausweitung von Rassismus, Ausgrenzung und Menschenrechtsverletzungen beschreibt nicht nur die geistig-kulturelle Verfassung des Landes, sondern macht deutlich, dass es auch in Kunst, Kultur und Medien zu tief greifenden Verschiebungen gekommen ist.

Der künstlerische Widerstand, der sich in den Jahren der ÖVP-Regierung mit den rechtsextremen Parteien Jörg Haider gegen Fremdenfeindlichkeit, Privatisierung und Demokratieabbau aufgelehnt hatte, bewies nicht allzu langen Atem. Globale Trends haben auch in Österreich die politischen Rahmenbedingungen einer kritischen Kunst- und Medienproduktion so sehr geschwächt, dass der öffentliche Raum und – damit einhergehend – seine kritisch-kulturelle Erschließung der neoliberalen Aneignung noch immer sukzessive weichen müssen.

Parallel dazu bemächtigt sich die hetzerische Rhetorik der inneren Sicherheit ganz ungeniert der kulturellen Sphäre. Kultur transformiert sich plötzlich zur Überlebensfrage einer nationalistisch hochgekochten Identität, die, im Sinne der Etablierung einer normativen Leitkultur, gegen fremde Einflüsse verteidigt werden muss. Damit mutiert das zunehmend restriktive Fremdenrecht zu einem kulturpolitischen Instrumentarium, das aus populistischem Kalkül den Ausnahmezustand ausruft und Pluralität als gefährliche Brutstätte von Delikten diffamiert, die es schon präventiv abzuwenden gilt. Bislang hat vor allem die Kulturpolitik in sozialdemokratischer Verantwortung keine klare Stellung dazu bezogen, aber neben Kunstministerin und Kulturstadträten schweigen auch zahlreiche Künstlerinnen und Künstler. Stattdessen verzeichnet das kulturelle Erbe einen öffentlichen Konjunkturanstieg. Das ist absurd, weil sich mit dem vermeintlichen »Eigentum der Menschheit«, wie es in der Diktion der UNESCO heißt, eine kulturpolitische Festung auftürmt, dessen Abwehrwall sich

ausschließlich gegen Menschen richtet, die vor Verfolgung, Vertreibung und Elend Zuflucht suchen. Tatsächlich warten mit dem kulturellen Welterbe in Österreich auf sie auch Übergriffe der Exekutive, Misshandlung und tagtäglich verbale Aggressionen.

Mehr privat, weniger Staat? Die Kulturpolitik, so nimmt es aktuell den Anschein, flüchtet selbst immer tiefer in ein Wunderland aus New Public Management und Gleichgültigkeit, aus Bestandsverwaltung, Traditionspflege und Realitätsverweigerung. Zugleich ist festzuhalten, dass die moderne Medien- und Bewusstseinsindustrie und damit die neuen Technologien der Symbolmanipulation in hohem Tempo an Bedeutung gewinnen. Machtausübung erfolgt im 21. Jahrhundert vorwiegend über oftmals undurchschaubare Netzwerke von Konventionen, Regeln, interpersonellen Beziehungen und internalisierter Kontrolle.

Nicht zuletzt unterstreicht diese gouvernementale Komplexität die Bedeutung einer interdisziplinären Debatte über Kunst, Kultur und Medien als konstitutive Elemente bei der Betrachtung und Organisation einer auf demokratischen Pluralismus bedachten Gesellschaft. Sozialdemokratische Kulturpolitik hat hier allemal die Chance, die Talsohle der selbstverschuldeten Daseinskrise zu überwinden. Und damit den Zustand der eigenen Nichtigkeit. 

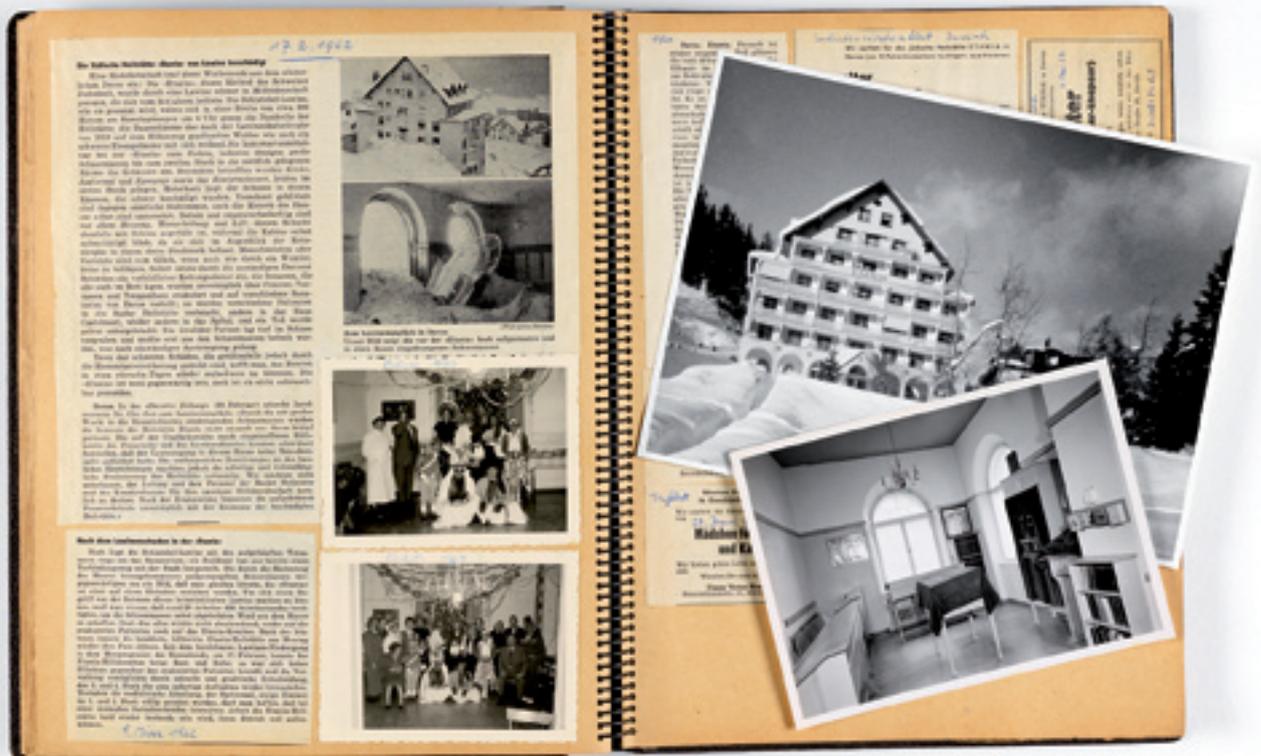
MARTIN WASSERMAIR

ist Mitarbeiter am World-Information Institute
und Mitglied im Vorstand des Kulturrat Österreich.

www.wassermair.net
www.world-information.org/wii
www.kulturrat.at

HAST DU MEINE ALPEN GEGEHEN?

JÜDISCHES MUSEUM WIEN



ALBUM MIT ZEITUNGAUSSCHNITTEN, PERSONAL-INSERATEN UND FOTOS (1950-1968); © ETANIA-HILFSVEREIN UND ERHOLUNGSZENTRUM DAVOS, MIT SITZ IN ZÜRICH

Was soll Kulturpolitik?

SCHWERPUNKT In seinem Beitrag versucht Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny eine Zieldefinition für kulturpolitisches Handeln mit sozialdemokratischer Perspektive zu entwickeln.

Kulturpolitik ist als gesellschaftliches Steuerungselement eine relativ neue Erfindung und erlebte seit den sechziger Jahren einen enormen Bedeutungszuwachs. Ihre auf den ersten Blick paradoxe Kernkompetenz sieht sie darin, zwischen dem banalen Allzumenschlichen und der Transzendenz, zwischen dem Machbaren und dem Vorstellbaren, zwischen der normativen Kraft des Faktischen und der Utopie zu vermitteln. Für Kulturpolitik, die gestalten statt verwalten möchte, gilt ein berühmt gewordener Satz des Revolutionärs Ernesto »Che« Guevara: »Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche!«¹

Dennoch werden die tatsächlichen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Kulturpolitik, vor allem in Österreich, vielfach überschätzt. Es mag mit dem imperialen Erbe der Habsburgermonarchie zusammenhängen, mit den bitteren Erfahrungen unter dem Austrofaschismus und der nationalsozialistischen Diktatur oder einer generellen Autoritätshörigkeit des »gelernten Österreicher«, dass er in Kulturpolitikern eine Art omnipotente Halbgötter sieht, die kraft ihrer unantastbaren Entscheidungskompetenz durch das Steuern von Subventionsflüssen und durch ordnungspolitische Weichenstellungen die Qualität der Kunst- und Kulturproduktion im Lande fast im Alleingang bestimmen können. Solch ein dirigistisches Verständnis von Kulturpolitik trifft vielleicht für ein autoritäres Regime zu, nicht aber für ein demokratisch verfasstes Gemeinwesen.

Der noble Auftrag der Kulturpolitik, gesellschaftspolitische Wirkungen zu entfalten und sowohl emanzipatorisch wie auch pädagogisch zu wirken, muss sich nicht zwangsläufig mit den Intentionen der Institutionen treffen, denen es vor allem um ihr eigenes Prestige und ihr Überleben in der Konkurrenzgesellschaft geht. Und den KünstlerInnen ist

in vielen Fällen Selbstdarstellung und die Förderung der eigenen Karriere wichtiger als übergeordnete gesellschaftliche Idealvorstellungen.

Man muss sich also das Handlungsfeld Kunst und Kultur, wie es sich seit den siebziger Jahren differenziert hat, als horizontale Netzwerkstruktur vorstellen und nicht als vertikale Befehlskette. Und man sollte berücksichtigen, dass sich zu den traditionellen Akteuren Staat und Markt ein informeller »Dritter Sektor« mit wachsender Bedeutung gesellt hat, der zwar im günstigen Fall ein Dialogverhältnis mit der Kulturpolitik unterhält, aber nicht unmittelbar von ihr abhängig ist. Darunter wären Non-Profit-Organisationen wie Vereine und Initiativen zu verstehen, über die die Menschen als gesellschaftliche Akteure auftreten und mitbestimmen können und sowohl den Diskurs als auch die künstlerische Praxis bereichern.

Kulturpolitik kann sich also heute nicht mehr nur auf die Subventionierung öffentlicher Kulturinstitutionen und -programme durch staatliche Instanzen beschränken. Sie ist verwoben und verquickt mit den Strukturen der »Selbstgestaltungsgesellschaft« (Ulrich Beck)² und bedarf der Ergänzung durch kreative Allianzen und konstruktive Kooperationen.

Möglichkeiten und Grenzen, Erfolge und Fehlleistungen der Kulturpolitik sind vor diesem gesellschaftspolitischen Hintergrund zu bewerten. Wobei ich anmerken möchte, dass die Grundsatzdebatte über die Rolle des Staates bei der Förderung von Kunst und Kultur nach den diskurslastigen siebziger, achtziger und neunziger Jahren erschreckend wortkarg geworden ist. Natürlich, man regt sich auch heute noch gerne und vehement auf, doch betrifft die Emphase vor allem Aspekte der Verteilungsgerechtigkeit und der Wertschätzung der eigenen Arbeit in einem ausdifferenzierten kulturellen Feld.

- 1) www.edition-nautilus.de/buecher/schulenburg/pol_realistisch.html
- 2) Zit. nach: www.zeit.de/1993/26/Die-Suche-nach-dem-und
- 3) www.vienna4u.at/quotations.html
- 4) Zit. nach: Rathkolb, 2005, S. 330.
- 5) Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1962.

Viel weniger jedoch betrifft sie fundamentale Fragen, wie: Was muss Kulturpolitik heute können, um nicht zur bloßen Routine zu degenerieren? Wo manifestieren sich neue gesellschaftliche Herausforderungen und Problemzonen, denen sich kulturpolitische Verantwortung zu stellen hat? Und: Welche Auswirkungen hat die ökonomische Krise, deren Entwicklung und Ende aus heutiger Sicht nur vage abschätzbar ist, auf das Selbstverständnis eines in Jahrzehnten gewachsenen Umganges mit Kunst und Kultur? Was, schließlich, kann sozialdemokratisch an Kulturpolitik sein?

KULTURPOLITIK IM WANDEL

Der Kabarettist Karl Farkas hat einmal den schönen Satz geprägt: »Wir Wiener blicken vertrauensvoll in unsere Vergangenheit.«³ Dies mag vielleicht in den fünfziger und sechziger Jahren gegolten haben, als konservativ verwaltete Kulturressorts Identitätspolitik betrieben und der nicht zu leugnenden geographischen Kleinstaatlichkeit Österreichs die Vision von der »Kulturgroßmacht« entgegengesetzt haben. Dieser »repräsentative Kulturalismus« war ausschließlich an Traditionswerten, Hochkultur und Elitenrepräsentation interessiert. Die jüngst verstorbene Schriftstellerin Elfriede Gerstl hat die Atmosphäre in dieser Zeit als »innenpolitisch sowie kulturpolitisch erstickende Friedhofsruhe«⁴ charakterisiert.

Seit den siebziger Jahren hat sich das Blatt entscheidend gewendet. In der Bundesrepublik Deutschland wurde vom damaligen Frankfurter Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann der bis heute schillernde Slogan »Kultur für alle« geprägt und in Österreich fand unter den Regierungen Kreisky/Sinowatz/Vranitzky eine fundamentale Liberalisierung und Öffnung des gesellschaftlichen und kulturpolitischen Handlungsfeldes statt, unter anderem durch die Verabschiedung des Bundes-Kunstförderungsgesetzes im Jahr 1988, mit dem sich die Republik im Bereich der öffentlichen Kunstförderung selbst verpflichtete und einen Gegenpol zu den meist auf Brauchtum orientierten Kulturpolitiken der meisten Bundesländer setzte. Protest- und Alternativkulturen wurden nach und nach als Dialogpartner ernst genommen und kamen in weiterer Folge auch häufig in

den Genuss von Fördergeldern. Die kulturpolitische Debatte wurde vehement geführt, kritisches Bewusstsein fand – oft erst nach gesellschaftlichen Kämpfen (siehe »Arena«) – offene Ohren bei Volksvertretern, denen langsam klar wurde, dass der »Strukturwandel der Öffentlichkeit« (Jürgen Habermas)⁵ neue politische Instrumente und neue Formen des Dialoges erforderlich machte. Die Grundwerte, die damals erkämpft wurden, gelten unverändert auch noch im Jahr 2009: Neben den schon erwähnten Emanzipations- und Partizipationsbemühungen zähle ich den offenen Zugang aller Menschen zu Kunst und Kultur dazu, ein liberales Diskussionsklima und eine kulturpolitische Haltung, die nicht paternalistisch-bevormundend agiert, sondern partnerschaftlich und dialogorientiert. Das grundsätzliche Bekenntnis zu Kultur als wesentlichem Bestandteil der Lebensqualität eines Gemeinwesens ist ein weiteres Element.

INTERAKTIONSFELD

Die Kunst- und Kulturszene in Wien stellt sich heute als breites, ausdifferenziertes Interaktionsfeld dar. Neben den etablierten Institutionen der Hochkultur gibt es eine in diesem Ausmaß einzigartige Off-Theaterszene und vitale soziokulturelle Projekte, wie beispielsweise das WUK, die Brunnenpassage oder das Kabelwerk. Weiters eine für eine kleine Millionenstadt beachtliche Zahl von Arthouse- und Programmkinos sowie ein in Europa Maßstäbe setzendes Tanztheaterlabor. Dazu kommen eine Vielzahl von Klein- und Kleinstprojekten, die zwischen Musik und Design Kreativität kanalisieren. Nicht zu vergessen die erfolgreichen Festivals (Impuls-Tanz, Viennale, Wiener Festwochen, Wien Modern oder SOHO), die weit über die Grenzen der Stadt hinaus Publikumsresonanz und Medienaufmerksamkeit finden. Darüber hinaus wurde Kunst im Öffentlichen Raum (= KÖR) völlig neu organisiert und ist heute ein wichtiger Hebel der Kulturpolitik, um Passanten und Stadtbenutzer mit Kunst zu konfrontieren. Diese überwiegend der Subventionskultur entspringenden Aktivitäten werden selbstverständlich ergänzt durch die »Erlebnisangebote« kommerzieller Veranstalter (Rock, Pop, Mode, Design, Revuen), die auf ihre Weise ebenfalls zur Vielfalt beitragen.

Dies sind nur einige wenige Beispiele für ein florierendes Kulturleben, von dem man in den siebziger Jahren nur träumen konnte. Das kulturelle Feld ist gesättigt, kulturelle Angebotslücken sind in Wien kaum mehr zu finden. Von den Elite-Leuchttürmen Burgtheater und Staatsoper bis zu den Elektronikbastlern in »Rhiz« und »Fluc«, von den massenkompatiblen Musical-Angeboten der Vereinigten Bühnen bis zu hochselektiven Avantgardeausstellungen in Galerien und Off Spaces wird Tag für Tag soviel geboten, dass selbst unermüdliche Kultur-ConnaiseurInnen nur kleine Ausschnitte aus dem Gesamtangebot wahrnehmen und rezipieren können. Das Gebot der Stunde ist somit nicht der unreflektierte weitere Ausbau der kulturellen Angebote, sondern die präzise Analyse der gegenwärtigen Rahmenbedingungen – Stichwort: Finanzkrise, neue mediale Umgebungen, Veränderung des Rezeptionsverhaltens in der ausdifferenzierten Erlebnisgesellschaft – und daraus Handlungsanleitungen für eine zukünftige Kulturpolitik abzuleiten.

BILDUNG UND VERMITTLUNG

Es gibt Verantwortungsbereiche, von denen die Kulturpolitik nie entlastet sein wird: Neben der Sorge um Bildung und Erziehung zählen dazu die Bemühungen, das Publikum »abzuholen« und an Kunst und Kultur heranzuführen, ein Aspekt meiner Tätigkeit, der mir besonders wichtig ist. Deshalb sind die Institutionen der Stadt Wien dazu angehalten, durch Führungen, ausführliche Textangebote und audiovisuelle Hilfsmittel Einstiegsruken in eine für manche vielleicht seltsame und fremde Welt zu konstruieren. Deshalb wollen wir aber auch die Barrieren senken, die zwischen Kunst und Publikum aufgebaut sind, etwa durch die Aktion »Hunger auf Kunst und Kultur«, die es finanziell schlecht ausgestatteten Menschen ermöglicht, bei freiem Eintritt zahlreiche kulturelle Institutionen zu besuchen. Zur »Vermittlungsinitiative« zählt auch der Gratis-Eintritt für Jugendliche bis 19 Jahren in die Wiener Museen. Denn wenn wir die Museen als Gedächtnisspeicher des Gemeinwesens verstehen, so ist es nur logisch und wünschenswert, dass die größtmögliche Zahl an Bürgern deren Angebote und Objektbestände nutzt, um sich über Tradition,

Gegenwart und Zukunft der Milieus, in denen sie leben, zu verständigen.

Ein weiteres Projekt im weiten Feld der Kulturvermittlung, das Schwellenängste und Barrieren abbauen und Zugänge schaffen soll, sind die sogenannten »KulturlotsInnen«. Dabei besuchen speziell geschulte Personen Wiener Betriebe, um den ArbeitnehmerInnen Kunst und Kultur näher zu bringen, indem sie u. a. maßgeschneiderte Kunst- und Kulturangebote zusammenstellen und Kulturvermittlung direkt am Arbeitsplatz betreiben.

Als Vermittlungs-Incentive sehe ich aber auch den Ausbau von künstlerischen und kulturellen Angeboten in Bezirken: von »Wir sind Wien. Festival der Bezirke« über die Festwochen-Initiative »Into the City« oder dem Volkstheater in den Außenbezirken bis hin zur Errichtung von temporären Spielstätten. Wenn der Bürger nicht zur Kultur kommt, muss die Kultur zum Bürger kommen! Ein weiterer bedeutender Sektor sind die Aktivitäten im vorschulischen Bereich, mit dem Ziel, Kulturaffinität schon bei kleinen Kindern herzustellen. Hier ist die Stadt Wien mit diversen Kindertheaterinitiativen und insbesondere mit dem »Dschungel« im Museumsquartier, dem »Theater der Jugend« und vielen anderen Initiativen, bestens ausgestattet.

MIGRATIONSKULTUREN

Zu einem zentralen Thema gegenwärtiger und zukünftiger Kulturpolitik habe ich darüber hinaus die kulturelle Förderung von Wiener Bürgern mit Migrationshintergrund gemacht. Denn das komplexe Phänomen der Interkulturalität und der Migrationskulturen in der Mehrheitsgesellschaft wird zu einer der großen Herausforderungen von Kulturpolitik im 21. Jahrhundert werden. Die Leitlinie in diesem Bereich muss die Würdigung der Zugehörigkeit zu einer anderen sozialen und kulturellen Lebensform sein. Denn die Anerkennung des Rechts auf die eigene Kultur ist ein Teil der übergreifenden Menschenrechte und Grundlage des interkulturellen Dialogs. Unterschiedliche Kulturen dürfen im Wien des 21. Jahrhun-

- 6) Weißbuch – Zur Reform der Kulturpolitik in Österreich, Wien 1999, S. 23.

derts nicht mehr als Bedrohung, sondern müssen als Bereicherung wahrgenommen werden!

DIGITALE WELTEN

Schon in den neunziger Jahren wurde im von mir initiierten »Weißbuch Kultur« der Paradigmenwechsel im Medienbereich skizziert und gleichzeitig auf seine Implikationen für eine neu zu konfigurierende Kulturpolitik hingewiesen: »An der Schwelle zur Medienkonvergenz bieten weder die früheren noch die jetzigen kulturpolitischen Handlungsmuster Hilfen. Stellt die Kulturpolitik an die Wirtschaftsentwicklung und den technischen Fortschritt keine Ansprüche mehr, bestimmen ökonomische und technische Kriterien die Inhalte.«⁶

Seit diesen Formulierungen haben im digitalen Sektor mehrere Revolutionen stattgefunden. Virtuelle Kreationen wie das Web 2.0 ermöglichen völlig neue Formen der Repräsentation und der verdeckten Interaktion. Auch die Medienkunst, die sich homolog zu den technischen Innovationen weiterentwickelte, erlebte in den letzten zehn Jahren eine Blüte und stellte den traditionellen Kunstbegriff auf den Kopf. Zwar wird das »Künstlergenie« als Garant des Authentischen und der Aura nicht verschwinden – siehe Damien Hirst! –, zu sehr ist die Mediengesellschaft auf diese Rolle und die ihr innewohnenden verwertbaren aufmerksamkeitsökonomischen Potenziale abonniert, aber in Zukunft ist mit einem dichtbevölkerten Feld medienkünstlerischer Akteure zu rechnen, die im Halbschatten der Anonymität und der im Kollektiv aufgehenden Urheberschaft die Konvergenzmöglichkeiten neuer digitaler Produktionsmittel nutzen, um genreüberschreitend und stilsprenge hybrid Kunst-Pasticheformen zu designen.

Die Verschiebung der kulturellen Produktion in Richtung prozesshafter Arbeitsweisen hat für die Kulturpolitik jedenfalls zur Folge, dass sie sowohl mit einer neuen 'Kundschaft' wie auch mit neuen Auffassungen vom Begriff des Werkes und der Aura zu tun bekommt. Zwar kann sie im Rahmen traditioneller Förderpolitik durchaus gestalterisch tätig werden – das Netzkulturförderungsmodell in Wien ist in diesem Rahmen

zu sehen –, doch darüber hinaus muss sich die Politik auch mit den philosophisch-spekulativen und lebenspraktischen Effekten der digitalen Revolution beschäftigen. Es geht um die Chancen und Risiken in einer Epoche, die im Begriff ist, die Gutenberg-Galaxis zu verlassen und deren nachwachsende Generationen ihre kulturtechnische Kompetenz eher über das Bild als über das Wort ausbilden.

Eine Kulturpolitik, die aktive, kommunikationsbereite BürgerInnen im Sinne hat, Citoyens, die sich aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen, kann hier nicht einfach unbeteiligt zusehen, sondern ist angehalten, auf verschiedenen Levels mit den neuen Formen der Techno-Kultur zu interagieren. Das reicht von der kritischen Beobachtung des Feldes der digitalen Produktion – ob es sich nun um Medienkunst handelt oder um den spielerisch-experimentellen Umgang mit neuen technologischen Gadgets – unter Beteiligung von Expertengremien und Think Tanks über gezielte Impulse und Content-Bündelungen, wie es etwa das Musikfestival »Phonotaktik« – Geburtsstunde der mittlerweile legendären Wiener Elektronikszene – in den neunziger Jahren war, bis zum permanenten Dialog mit Orten der kritischen Öffentlichkeit, die im Umfeld der Neuen Netzkulturen entstanden sind.

Solche Agoren der theoretischen Auseinandersetzung und des Diskurses kann man nicht Top Down verordnen, man kann sie jedoch durch die Förderung kreativer Milieus begünstigen. Kulturpolitik muss im Zusammenspiel mit Bildungseinrichtungen sicherstellen, dass Weltwahrnehmung und Weltaneignung unter digitalen Bedingungen nicht zur Selbstisolation führt, sondern zu einem mündigen Bürger, der sich als aktiver Teil des Gemeinwesens begreift.

CREATIVE INDUSTRIES UND STANDORTPOLITIK

Das Handlungsfeld der Kulturpolitik hat sich längst weit über die reine Kunstförderung in Richtung Stadtentwicklung, touristisches Standortmarketing und die gezielte Förderung von Kreativmilieus ausgeweitet. Es gibt mittlerweile eine Fülle von Literatur, die die Zusammenhänge zwischen Kultur, wirt-

7) Richard Florida: The Rise of the Creative Class, Cambridge 2002.

schaftlicher Prosperität und der Attraktivität urbaner Räume analysiert. Am bekanntesten ist vermutlich Richard Floridas Bestseller »The Rise of the Creative Class«⁷, der regionale und kommunale wirtschaftliche Erfolgsgeschichten mit der suggestiven Formel der 3 Ts zu erklären versucht: Talent, Technologie und Toleranz seien unabdingbare Voraussetzungen, um einen Aufschwung zu bewerkstelligen.

Die Stadt Wien hat diese Herausforderung schon 2003 angenommen und durch die Gründung der zentralen Förderinstitution »depARTure - Wirtschaft, Kunst und Kultur GmbH« in das neue Segment, von dem Impulse und Synergien für Wirtschafts- und Stadtentwicklung erwartet werden, investiert. Es geht aber nicht nur um Nachhaltigkeitsimpulse für Zukunftsbranchen zwischen Wirtschaft und Kultur, sondern auch um integrale Stadtentwicklungsvorstellungen, bei denen kulturelle Infrastruktur schon in der Planungsphase mitgedacht wird. Konkret etwa beim Ausbau der »Seestadt Aspern« zu einem vitalen, voll ausgestatteten Stadtteil in den nächsten zehn Jahren.

Schon jetzt gibt es weitreichende Überlegungen, welche Art von kulturellen Einrichtungen – auch angesichts eines erheblichen Bevölkerungsanteils mit Migrationshintergrund – hier angemessen sein könnten. Das ist besonders wichtig, weil in Wien, so wie in zahlreichen anderen Metropolen mit imperialer Tradition, ein traditionelles Ungleichgewicht zwischen Innenstadtbereichen und Außenbezirken besteht. Wenn wir dem urbanistischen Appell zur symbolischen sowie infrastrukturellen Stärkung strukturschwacher städtischer Zonen Folge leisten wollen, so liegt hier eine gewaltige Aufgabe für die Kulturpolitik, die sie in enger Kooperation mit der Stadtplanung und den mit Integration und Migration befassten Geschäftsgruppen durchführen muss.

Der kulturelle Sektor ist als wesentlicher Faktor der Wirtschaftsproduktivität längst erkannt. Es geht mittlerweile nicht mehr nur um gute Autobahnverbindungen und niedrige Steuersätze in einer Kommune, um unternehmerische Standort-

entscheidungen positiv zu beeinflussen, sondern auch um eine kulturelle Infrastruktur, die genau jene Mischung aus Bohème und spielerischer Kreativität, lockerem Lebenswandel und gesteigertem Erlebnishunger anlockt, die in der postindustriellen Turnschuh- und Laptopgesellschaft besonders stimulierend wirkt. Ökonomische Standortförderung und die Steigerung touristischer Attraktivität sind sicher legitime gesellschaftliche und politische Anliegen, doch das ursprüngliche und eigentliche Ziel der Kulturpolitik ist ein Größeres:

Kultur muss ihren Sinn und Eigenwert und ihre gesellschaftskritische Rolle jenseits ökonomischer Zweckrationalität auch in Zeiten eines allgemeinen Werterelativismus und akuter Sinndefizite (die in Österreich leider dazu führen, dass erhebliche Teile der jungen Generation den »rechten Rattenfängern« folgen) bewahren. Um es auf eine griffige Formel zu bringen: Wenn die Lifestyle-Gurus zur gesamtgesellschaftlichen Zerstreuung einladen, muss die Kulturpolitik sicherstellen, dass auch weiterhin Milieus der Konzentration zur Verfügung stehen, die das Individuum in der Konfrontation mit dem Kunstwerk dazu einladen, sich selbst zu befragen und sich seiner selbst zu vergewissern. Sozialdemokratische Kulturpolitik ist und bleibt dem Projekt der Aufklärung verbunden, also dem Aufbruch des Individuums aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit – und zwar dem Aufbruch möglichst aller Menschen. 

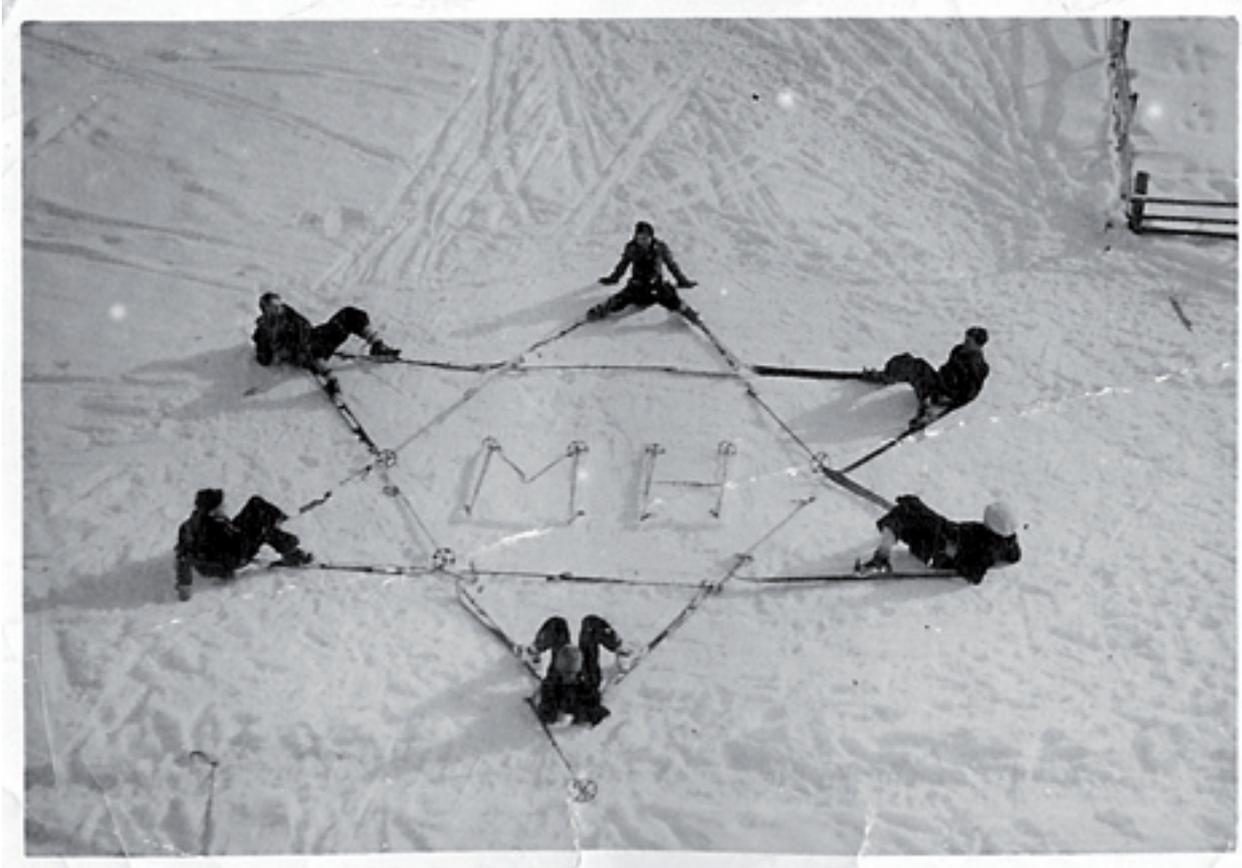
ANDREAS MAILATH-POKORNY

ist seit 2001 Amtsführender Stadtrat für Kultur und Wissenschaft.

Der Beitrag ist eine überarbeitete Fassung eines Beitrages für die Publikation: Michael Häupl (Hg.): Politik für die Menschen – sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert. Wien, echomedia 2009.

HAST DU MEINE ALPEN GESEHEN?

JÜDISCHES MUSEUM WIEN



SKIFÄHRER DES ZIONISTISCHEN SPORTVEREINS MAKKABI HATZAIR IN TIROL, ZWANZIGER JAHRE

Sozialdemokratische Kulturpolitik?

SCHWERPUNKT Michael Amon über die Aufgaben (sozialdemokratischer) Kulturpolitik und warum es wichtig ist, auch diesen Bereich als Austragungsort sozialer Auseinandersetzungen und politischer Kämpfe zu begreifen. Bei einer Neuorientierung sozialdemokratischer Kulturpolitik komme es auf den Umgang mit den KünstlerInnen erst in der zweiten Ebene an – noch wichtiger sei die Wiederaufnahme des Kampfes um eine kulturell-geistige Hegemonie.

Die Sozialdemokratie ist europaweit auf dem Rückzug, verliert Wahlen und Einfluss, die Stammwählerschaft erodiert noch immer in atemberaubendem Tempo (siehe deutsche Wahlen). Dass auch die großen konservativen Parteien von eigenständigen Mehrheiten weiter entfernt sind denn je, ist nur ein schwacher Trost. Die CDU hat in Deutschland ihr schlechtestes Nachkriegsergebnis eingefahren – mit deutlichem Vorsprung vor der SPD. Die unnatürliche Vorherrschaft der CSU scheint sich dem Ende zuzuneigen. Trotzdem können diese Parteien dem Verlust an Wählern mit einer gewissen Gelassenheit zusehen. Erstens sind sie rein systemisch im Kapitalismus besser verankert. Weder Raiffeisen noch die Industriekonzerne können aus der Macht gewählt werden. Die konservativen Parteien haben selbst dann noch Anteil an der Macht, wenn es gelingt, linke Mehrheiten zu bilden.

Umgekehrt gilt das nicht. Die Sozialdemokratie (und alles links von ihr) ist zwar über Einzelpersonen (man denke an den Genossen der Bosse, Schröder) in den Kapitalismus integriert, keineswegs aber strukturell. Ihre Geldgeber sind – in Österreich etwa Konsum bis BAWAG – selbstverschuldet zugrunde gegangen. Zweitens gilt für die konservativen Parteien, dass rechts von ihnen Bündnispartner vorhanden sind, die ihnen parlamentarische Mehrheiten sichern. Nicht alle dieser rechten Parteien sind so ungestüm wie jene, die sich hierzulande rechts von der ÖVP herumtreiben. Mitte-rechts-Koalitionen ohne Hautgout sind hierzulande nicht möglich.

Symptom dieses Zustandes der Sozialdemokratie ist der Verlust der kulturellen Hegemonie. Über Jahrzehnte war die

Sozialdemokratie der natürliche Ansprechpartner der Kulturschaffenden und Künstler. Heute haben sie sich weitgehend von der Sozialdemokratie zurückgezogen.

Dieser Artikel ist die Aktualisierung eines Vortrages, den ich Anfang 2001 unter dem frischen Eindruck des von der blau-schwarzen Regierung angezettelten Kulturkampfes für die OÖ Gesellschaft für Kulturpolitik gehalten habe. Das Wiederlesen dieses »alten« Vortrages war ernüchternd: Ein Großteil der Thesen und der daraus folgenden Kritik hat nach wie vor Bestand. Der schon damals angesprochene Verlust der kulturellen Hegemonie hatte fatale Folgen, die von der Führung der SPÖ bis heute nicht verstanden werden.

Natürlich stellen die Kulturschaffenden rein zahlenmäßig keine wahlentscheidende Gruppe dar. Trotzdem sind die Folgen fatal, da der Einfluss dieser Gruppe weit über ihre zahlenmäßige Stärke hinausgeht, mehr noch: sie hat eine überproportionale Verstärkerfunktion.

Wenn die Mehrzahl der Kulturschaffenden sich entweder gar nicht, abfällig oder bestenfalls satirisch über die SPÖ äußert, hat das größere Folgen für das Meinungsklima als ein aufwendiger Nationalrats-Wahlkampf. Wenn jene Journalisten, die zuerst Gusenbauer wegen »Arroganz« niedermachten (ihm aber mehr als ausreichende Intelligenz für sein Amt zubilligten), jetzt seinen Nachfolger als freundlichen aber unpolitischen Einfaltspinsel darstellen, dann ist dieser Zustand besorgniserregend und hat weniger mit der Person als mit der Ausstrahlungskraft der SPÖ insgesamt zu tun. Eine Gewissensforschung ist heute ebenso dringend wie 2001.

Wenn wir heute nach dem Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kulturschaffenden fragen (und die Beantwortung dieser Frage wird uns nicht erspart bleiben), dann müssen wir uns zu allererst klarmachen, dass zu jedem Verhältnis mindestens zwei Beteiligte gehören. Gleichzeitig ist die Frage nach dem Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Kulturschaffenden nur eine Hälfte der Frage, die andere ist die nach dem Verhältnis der Kulturschaffenden zur Sozialdemokratie. Nach 30 Jahren Machtausübung durch die Sozialdemokratie war diese Frage schon 2001 nicht einfach zu beantworten; und daran hat sich nichts geändert.

LIBERAL

Ehrlicherweise ist das, was Kulturschaffende von Parteien verlangen – es geht hier nicht nur um die SPÖ – recht einfach zu beschreiben. Genau genommen geht es nur um zwei Anliegen. Erstens sollen kulturelle Aktivitäten durchgeführt werden können, ohne dadurch gleich Polizeimaßnahmen auszulösen (außer diese Polizeieinsätze sind Teil des Marketingkonzeptes). Der zweite Punkt ist noch schlichter und mit einem ganz einfachen Wort beschreibbar: Geld.

Die Sozialdemokratie hat diese beiden Anliegen in den 30 Jahren ihrer Machtausübung weitgehend problemlos befriedigt, leider auch ohne großes Nachdenken. Es gab zwar immer wieder Versuche, im Rahmen der Partei kulturpolitische Konzepte zu erarbeiten, letztlich blieb es immer bei allgemeinen Floskeln. Die Kulturschaffenden haben ihrerseits ebenfalls Konzepte erarbeitet, aber letztlich ging es dabei darum, wieviel Geld zur Verfügung gestellt wird. Die Künstler haben sich immer auf ihr eigenes Tun beschränkt: Was will ich machen und wieviel Kohle vom Staat brauche ich dafür. Diese rein finanziellen Wünsche wurden – mit den üblichen Abstrichen – zumeist auch erfüllt. Weiter ist der Diskurs zwischen Sozialdemokratie und Kultur nur sehr selten gegangen.

Sozialdemokratische Kulturpolitik in diesem engeren Sinn, bezogen auf die Ausübung künstlerischer Tätigkeit, war also

eine Gießkannenpolitik, ohne die Künstler irgendwie in die Pflicht zu nehmen, abgesehen von bürokratischen Verpflichtungen zur Abrechnung der Subventionen, und selbst Verstöße gegen diese Vorschriften wurden mit Augenzwinkern geduldet. Darauf beruhte im wesentlichen der liberale Ruf, der die Kulturpolitik der SPÖ umwehte.

Es wurde nie die Verantwortung der Kulturschaffenden eingefordert, sich gesellschaftspolitisch zu deklarieren. Eine Einteilung in »Wölfe und Schafe«, wie sie der Konservative Khol in seiner unnachahmlich offenen Art traf, wäre der SPÖ nie eingefallen. Ich verlange keineswegs Bekenntnisse zu Partei oder Regierung. Das wäre grober Unfug. Aber man muss ja nicht gleich die plattesten Kritiker der SPÖ mit Staatspreisen ausstatten, eine Idee, auf die unsere blau-schwarze Regierung zu Recht nie gekommen wäre. Andererseits hätte es zur Verantwortung der Kulturszene gehört, über diverse Lichterfeste hinaus deutlich zu machen, welches politische Klima und Umfeld man sich wünscht. Aber es gab kaum Versuche, direkt in der Sozialdemokratie zu intervenieren, um dort einen ernsthaften, kulturpolitischen Diskussionsprozess zu entfachen.

GELD UND EHRE

Man hat die Sozialdemokratie nicht ernst genommen, sie als bloßen Geldbeschaffer in Regierungsrang gesehen. Beide Seiten waren damit zufrieden. Die einen hatten das Geld und die anderen »die Ehre«. Man hatte sich gegenseitig funktionalisiert, aber darauf verzichtet, gemeinsam gesellschaftliche Veränderungen voranzutreiben. Dass in diesem Klima die SPÖ mehr und mehr auf Massenkultur der schlichteren Art setzte, in der irrigen Annahme, das bringe auch massenhaft Wählerstimmen, zeugt von der Tiefe des Missverständnisses. Kultur wurde nur mehr als Unterhaltung gesehen, äußerstenfalls noch als Wirtschaftsfaktor (auch die SPÖ folgt bis heute weitgehend dem Geschwafel über »creative industries«), keinesfalls aber als Werkzeug der gesellschaftspolitischen Intervention oder als Mittel, um Aufbruchstimmung und Reformwillen herzustellen.

len (was wiederum daran lag, dass der Partei sowohl Reformwillen als auch Aufbruchsstimmung verloren gegangen sind).

Wenn man den Kulturbegriff nicht allzu eng fasst, kann man durchaus sagen, dass die Sozialdemokratie einiges geleistet hat. Durch die Bildungsoffensive der Kreisky-Jahre wurde versucht, breitere Bevölkerungsschichten zu Kulturgenuss zu befähigen. Die Öffnung der Schulen und Universitäten war Teil einer Kulturpolitik, die nicht nur fragwürdigen, selbsternannten »Eliten« den Zugang zu den kulturellen Angeboten ermöglichen wollte. Das Konzept hat nur teilweise funktioniert. Positiv ist, dass es heute innerhalb einer Familie selbstverständlich ist, Mädchen denselben Ausbildungsstandard zukommen zu lassen wie Burschen. Aber wir haben heute weder mehr noch weniger Kultur»konsumenten« als vor 30 oder vor 50 Jahren.

Allerdings hat sich die Schicht, die Kultur als Lebensbestandteil sieht, verändert. Früher war das Bildungsbürgertum Träger der Kultur im weitesten Sinn des Wortes, egal ob es um Literatur, Musik, bildende Kunst oder Theater ging. Dieses Bildungsbürgertum hat das auch durch entsprechende Aktivitäten dargestellt. »Parvenu« war ein wohlgeleitenes Schimpfwort. Wenn man sich dagegen heute einige unserer Multimillionäre ansieht, die es unter blau-schwarz sogar zu Ministerehren und Präsidiumssitzen im Parlament gebracht haben, kann man feststellen, dass Unbildung heute kein Thema mehr ist, sondern zur nötigen Grundausstattung zu gehören scheint.

Der Bologna-Prozess wird hier noch zusätzliche Anreize der Nichtbildung schaffen. Unter der Ägide des neoliberalen Ökonomismus hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Braungebrannt und hirnverbrannt als neue Leitbilder unserer angeblichen Eliten. Heute sind die Träger kultureller Aktivitäten vorwiegend Beamte und Lehrer, höhere und mittlere Angestellte. Es hat keine zahlenmäßige Verbreiterung stattgefunden, sondern eine Verlagerung in eine andere gesellschaftliche Schicht. Man muss das nicht kulturpessimistisch sehen und

auch nicht über die Eventkultur jammern. Diese viel beklagte Eventkultur ist so neu nicht. Was waren die Gladiatorenkämpfe im alten Rom, die Hetzjagden, die öffentlichen Hinrichtungen, das Bäckerschupfen, an den Pranger stellen und all die anderen merkwürdigen Erfindungen des menschlichen Geistes, wenn nicht Events. Panem et circenses ist eine Erfindung der alten Römer und nicht moderner Marketingmanager (und auch nicht die Erfindung eines ehemaligen sozialdemokratischen Kanzlersekretärs, der uns in seinem späteren Leben »Big Brother«-Container bescherte – was allerdings Einblicke in das kulturelle Seelenleben dieses hochrangigen SP-Politikers und in die Folgen für das »Seelen«Leben der Partei gestattet).

EVENTS STATT HEGEMONIE

Was neu ist, ist die Tatsache, dass Bildungseliten, Machteliten und Geldeliten nicht mehr deckungsgleich sind. Vermutlich ist genau das heute eines der großen Probleme bei der Formulierung sozialdemokratischer Kulturpolitik. Die SPÖ ist heute – wie schon erwähnt – selbst vorwiegend auf große Events ausgerichtet und kaum daran interessiert, Modelle der Kulturausübung zu entwickeln, die ihr wieder zur kulturellen Hegemonie verhelfen. Man muss sogar davon ausgehen, dass dieser Begriff den Entscheidungsträgern nicht bekannt ist, und wenn er es wäre, sie wohl eher peinlich berühren als zu politischem Handeln veranlassen würde.

Diese Unfähigkeit (und der Unwillen) solch ein neues Kulturmodell zu entwerfen hat auch damit zu tun, dass in den 1920er-Jahren eine massive Gegenkultur entwickelt wurde, die vor allem eine organisatorische Gegenkultur war. Jeder bürgerlichen Institution wurde eine gleichartige der Sozialdemokratie gegenübergestellt. Man zeigte Flagge: Wir können es besser, Proleten sind genauso g'scheit wie Bürgerliche. Dieses Modell wurde durch das moderne Bildungswesen und den gestiegenen Wohlstand förmlich zertrümmert.

Damit ist leider aber auch der Anspruch verloren gegangen, in Bildung mehr zu sehen als nur Berufsausbildung.

Wir stehen heute vor dem Problem, dass nicht nur Latein und Altgriechisch weitgehend abgeschafft wurden, sondern dass Bildung grundsätzlich auf ihren Nützlichkeitsaspekt reduziert wird. Nützlichkeit im Sinne einer direkten Verwertbarkeit durch einen Arbeitgeber, ein sehr eingeschränkter Bildungsbegriff einer Bildung, die nur mehr dazu dient, die eigene Haut besser zu Markte tragen zu können. Der Bologna-Prozess ist die praktische Umsetzung dieses regressiven Bildungsverständnisses.

Eine Neuorientierung der Kulturpolitik der SPÖ (und der Sozialdemokratie) müsste wie bei allen anstehenden großen Gegenwartsproblemen mit einem grundsätzlichen Überdenken der in der EU eingeschlagenen Politik beginnen. Auch hier steht die neoliberale Grundverfassung der EU im Weg und folglich zur Debatte. Ein Teil – aber nur ein Teil! – wäre ein grundsätzliches Überdenken der »Bildungs«ziele des Bologna-Prozesses. Aber zuerst müsste man neue Modelle sozialdemokratischer Bildungspolitik entwickeln, einer Bildungspolitik, die sich nicht nur an den sich ergebenden Verdienstmöglichkeiten des Einzelnen orientiert. Einer Bildungspolitik, die sich der Menschen- und Charakterbildung im weitesten Sinn dieser Worte verpflichtet.

Erst dann kommt die zweite Ebene, die Frage des Umganges mit den Kulturschaffenden. Hier hat die SPÖ große Fehler gemacht: langjährige Großzügigkeit und dann plötzlicher Liebesentzug durch Aktionen wie »Kunst ist Chefsache« unter Klima oder Übergabe des KulturreSORTS in Wien an die ÖVP, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken. Die Kulturschaffenden haben diese Vorgänge als Desinteresse der Sozialdemokratie interpretiert, und das war es wohl auch. Während es unter Gusenbauer zumindest kurz so aussah, als ob sich das Verhältnis verbessern würde (Gusenbauer trug sein kulturelles Interesse offen zur Schau), ist nun unter der neuen Parteiführung offenbar überhaupt kein Interesse mehr vorhanden, sich unter Kultur mehr vorzustellen, als zwei Millionen Besucher beim Donauinselfest.

Es nützen die schönsten Parteiprogramme nichts, wenn die Führungspersönlichkeiten der Sozialdemokratie den Umgang mit Kultur nicht leben. Es reicht nicht, alle paar Jahre für einen Wahlkampf irgendwelche Künstlerkomitees zwecks Unterstützung eines bibliophilen Analphabeten aufzustellen. Solange wichtige Repräsentanten der SPÖ nicht an vielen Erscheinungen kulturellen Lebens teilnehmen, werden sie nicht glaubwürdig sein und auf die Bündnisbereitschaft der Kultur, für die Sozialdemokratie von essentieller Bedeutung, verzichten müssen. Die Glaubwürdigkeit Kreiskys bei den Künstlern entstand gerade dadurch, dass dieser Mann über eine unglaubliche Bildung verfügte. Seine Bibliothek mit fast 10.000 Büchern spricht hier im wahrsten Sinn des Wortes Bände. Der Mann hatte, welch grauenhafte Vorstellung, den Großteil dieser Bücher auch gelesen. Und sage keiner, Kreisky sei unterbeschäftigt gewesen. Es ist eine Frage der Prioritäten. Kein Wunder, dass Kreisky als Gesprächspartner ernst genommen wurde.

NEOLIBERALE FOLGEN

Was man also von Repräsentanten der Sozialdemokratie erwarten kann und muss, ist nicht nur die Auseinandersetzung mit und die Finanzierung von Kultur, sondern dass sie bereit sind, ihr eigenes Leben durch Kultur bereichern zu lassen, neue Erkenntnisse zu gewinnen, und – es sei ihnen empfohlen und gegönnt – mit Hilfe der Kunst ihre eigene Lebensqualität zu erhöhen. Man würde es ihrer täglichen Arbeit mit Sicherheit anmerken.

Eine weitere Frage im Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Künstlern ist der derzeitige gesellschaftliche Diskurs mit seiner Schlagseite in Richtung neoliberaler Positionen. Die These von der Privatisierung der Kunst ist ein klares Gegenmodell zu den zivilisatorischen Ansprüchen der Aufklärung. Die zur Privatangelegenheit erklärte Kunst wird ein Mehr an gesellschaftlicher Armut produzieren, eine Erkenntnis, der sich die SPÖ erst stellen muss. Sie wird die Frage nach Armut nicht nur als eine materielle, sondern auch als eine geistige zu

stellen haben. Sie wird klar auszusprechen haben, dass die Logik des Kapitals gut ausgebildete Arbeitskräfte benötigt, nicht unbedingt aber gebildete, glückliche Menschen. Die Phrase vom lebenslangen Lernen wird mit Inhalten zu füllen sein, die dem Menschen wieder zu jenem großen Defekt verhelfen, den schon Brecht gepriesen hat: Der Mensch hat einen Fehler, er kann denken.

Ein weiterer Problembereich ist das sozialdemokratische Verständnis von Kulturförderung. Während die Sozialdemokratie sonst in allen Bereichen darauf aus war, einen Wohlfahrtsstaat zu errichten, hat sie im Kulturbereich nie den Schritt über den Fürsorgestaat hinaus geschafft. Ihr ging es darum, zu verhindern, dass Künstler verhungern, das sei ihr hoch angerechnet, aber das kann nicht alles gewesen sein.

AHNUNGSLOS?

Gerade die Maßnahmen der blau-schwarzen Regierung haben das bewiesen: Da wurde nicht in Strukturen, sondern in einzelne Individuen investiert (und die Wiener Kulturpolitik tendiert inzwischen in eine ähnliche Richtung, siehe die Theaterreform, die sich mehr an den Bedürfnissen übersätigter Theaterkritiker als an denen der Szene oder gar an sozialdemokratischen Zielsetzungen orientierte). Die Künstler bekommen vermehrt Stipendien, aber um den Verkauf ihrer Werke kümmert sich niemand.

Am Beispiel der Literatur: Es hat wenig Sinn, eine Autorin oder einen Autor über Jahrzehnte hinweg mit Stipendien »gnadenhalber« durchzufüttern. Auch die »Marktfähigkeit« kann nicht das ausschließliche Kriterium sein. Viel vernünftiger wäre es z. B. mit staatlicher Hilfe in Deutschland Vertriebsstrukturen für die österreichischen Verlage aufzubauen und zu fördern. Auch dem ORF als öffentlich-rechtlicher Anstalt käme hier eine große Aufgabe zu, die seit Jahren gröblich vernachlässigt wird. All diese Maßnahmen wäre eine größerer Beitrag zur Freiheit der Kunst als irgendwelche Verfassungspapraphen, die totes Recht bleiben.

Schon im Jahr 2001 gab es einige Initiativen zur Neuformulierung sozialdemokratischer Kulturpolitik. Ein Teil davon fand im Rahmen des »Netzwerkes Innovation« statt. In einer Arbeitskreissitzung hat der damalige Kultursprecher der SPÖ, Josef Cap, die Kulturschaffenden förmlich »angebettelt«: »Helft uns!« Geändert hat sich nichts. Das Netzwerk Innovation zeigte kaum Wirkung. Die zur selben Zeit gegründete Themen-sektion »Kultur«, ursprünglich von Stadtrat Mailath-Pokorny ins Leben gerufen, als er von blau-schwarz in der Kultursektion Franz Moraks »kalt gestellt« wurde, versuchte ähnliches.

Beide Initiativen scheiterten daran, dass es nur begrenzt gelungen ist, neue Leute zur Mitarbeit zu bewegen. Stattdessen wurden diese Diskussionskreise sofort von jenen »geentert«, die um den Verlust ihrer »Privilegien« unter blau-schwarz fürchteten. Es waren dies die vielen, von der SPÖ geschaffenen und in ihrer Wirkung unüberschaubaren Institutionen, die zwar einer Reihe von Kulturbürokraten den Lebensunterhalt sichern, aber deren Nutzen für die Kulturschaffenden im Allgemeinen eher zweifelhaft ist. Dementsprechend haben sich die Kulturschaffenden ziemlich schnell aus diesen Arbeitskreisen zurückgezogen. Schneller noch war nur Mailath-Pokorny: Nachdem er zum Kulturstadtrat in Wien ernannt wurde, tauchte er nie wieder in der von ihm gegründeten und geleiteten Themen-sektion auf. Einige Monate danach entschlief die Sektion trotz heftiger interner Auseinandersetzungen friedlich. Auch das ein Symptom fehlender kulturpolitischer Perspektiven.

Offensichtlich ist die Sozialdemokratie heute völlig ahnungslos, was sie überhaupt in diesem Bereich tun soll. Aber wahrscheinlich ist schon der Terminus »die Sozialdemokratie« falsch. DIE Sozialdemokratie kann wohl kein Verhältnis zu den Kulturschaffenden haben – bloß einzelne ihrer Repräsentanten. Es wäre ein Irrtum, eine Haltung DER Sozialdemokratie zu erwarten. Da spielen zu viele Geschmacksfragen mit, persönliche Vorlieben und Abneigungen. Es gibt keine objektiven Kriterien, die uns etwas über die Qualität von Kunst und Kultur sagen können. Der eine findet Nitsch wahrhaft zum

Kotzen, die andere ist hingerissen. Es kann kein Leitbild geben. Einigkeit ist wohl nur über die Rahmenbedingungen erzielbar, und hier sind die Erwartungen der Kunst eben höchst banal: Liberalität und Kohle. Es fehlt der Druck der Kultur auf die SPÖ. Und die ist darüber wahrscheinlich nicht einmal besonders unglücklich.

WÖLFE UND SCHAFE

Kulturschaffende sind weder bessere noch schlechtere Menschen, nicht klüger oder dümmer, sie sind im Schnitt so wie der Durchschnitt der Bevölkerung auch. Also gleich opportunistisch, gleich standhaft, gleich verführbar. Wir können von Künstlern keine besonderen moralischen Qualitäten erwarten, die sie über die Masse hinausheben. Umso erstaunlicher ist, dass gerade die Kulturschaffenden von der Sozialdemokratie immer besonders hohe moralische Standards einfordern. Es ist durchaus ehrend, dass man diese hohen Standards von der Sozialdemokratie und nicht von den christlich-sozialen erwartet. Andererseits entbehrt es nicht der Komik, wenn man den Opportunismus und die Wankelmütigkeit mancher sogenannter Essayisten in Betracht zieht (wir erinnern uns noch an die Wendejahre!), wenn ausgerechnet diese Leute von der Sozialdemokratie Charakterfestigkeit verlangen.

So schwierig es ist, DER Sozialdemokratie Aussagen zu entlocken, genauso schwierig ist es, von DEN Künstlern Standpunkte einzufordern. Viel zu inhomogen ist diese Gruppe, als dass ein solches Verlangen zu brauchbaren Positionen führen würde. Letztlich stehen wir also vor dem Dilemma, dass politische Äußerungen zur Kulturpolitik immer nur sehr allgemein gehalten sein können. Die Entscheidung fällt letztlich beim konkreten Projekt, beim einzelnen Anliegen. Als Überzeugungstäter und Kulturschaffender beharre ich aber trotzdem darauf, dass die Sozialdemokratie endlich aufhört, die liberale Übermutter und Kulturgluckhenne zu spielen, die alle möglichst gleichmäßig mit Geld versorgt. Wer politische Macht hat, hat diese auszuüben, und das inkludiert auch die Aussage: Das möchte ich fördern und das nicht. Ich kann an

den Aussagen von Khol über die »Wölfe und Schafe« nichts grundlegend Anstößiges finden, mir gefallen bloß die Leute nicht immer, die diese Entscheidung treffen. Allein die Sozialdemokratie war und ist so dumm, ihre Macht nicht wirklich auszuüben.

Es ist daher von der Sozialdemokratie zu verlangen, es den Konservativen gleichzutun und dort, wo sie an der Macht ist, nach ihren eigenen Kriterien vorzugehen. Eine Demokratie, in der die Mehrheit ihre Macht nicht ausübt, führt sich selbst ad absurdum. Dass diese Machtausübung mit Augenmaß und Rücksichtnahme auf Minderheitspositionen zu erfolgen hat, ist unbestritten. Die Sozialdemokratie möge also in Hinkunft durchaus die Frage stellen, ob kulturelle Projekte im Sinne des sozialdemokratischen Gesellschaftsmodells sind oder nicht. Man sollte sich hier durchaus wieder zu einem kritischen »Freund-Feind«-Blick bekennen, alles andere führt zur in den letzten Jahren so schmerzlich erlebten Konturlosigkeit.

Dem ÖVP-Modell der Vertreibung der SPÖ von allen Hebeln der Macht (das eigentliche Ziel des Schlüssel-Projektes, das Pröll nicht revidierte) kann man nur so und nicht mit dem Geschwätz vom »politischen Mitbewerber« begegnen. Nicht nur die Wahrheit, auch ein politischer Standpunkt ist zumutbar! Die Sozialdemokratie kann und hat von Kulturschaffenden die Deklaration ihrer Standpunkte zu verlangen: keine Glaubensbekenntnisse, keine Wiedereinführung des sozialistischen Realismus, aber eine gesellschaftliche Standortbestimmung. Der Sozialdemokratie wurde 2000 der Fehdehandschuh hingeworfen, niemand möge sich über diese Tatsache hinwegtäuschen. Dieser Fehdehandschuh wurde nie zurückgenommen. Das Schlüssel-Projekt lebt.

In solchen Zeiten ist nach den Freunden zu fragen – und nach den Feinden. Da wird es nicht reichen, wenn die Sozialdemokratie von der Kunst bloß fordert, sie möge modern, innovativ und neuartig sein. Mit keinem dieser Begriffe kann man ernsthaft operieren, sie sind sinnentleerte Worthülsen. Die

Kunst hat über das Leben der Menschen im hier und heute zu erzählen, mit allen Mitteln, die dazu geeignet sind. Die Sozialdemokratie sollte sich ruhig dazu aufraffen, etwas scheinbar so Altmodisches wie »engagierte« Künstler zu unterstützen und zu fördern, für engagierte Künstler einzutreten. Im Gegensatz zu Handke (und vielen »Postmodernen«) bin ich sehr wohl der Meinung, dass es »engagierte Künstler« ganz im altmodischen, sartreschen Sinn geben kann. Handke selbst hat übrigens mit seinen Stellungnahmen zum Kosovo den eindrücklichen Beweis für meine und gegen seine These selbst geliefert.

Also: Die Sozialdemokratie hat die Kulturschaffenden zu gesellschaftlichem Engagement im Sinne sozialdemokratischer Grundwerte« aufzufordern. Sie muss dafür allerdings auch selbst etwas einbringen – ihre Grundsätze, die so schwer zu formulieren gar nicht sind: Standhaftigkeit in der täglichen politischen Praxis; das unverkürzte Eintreten für humanistische Werte und natürlich die Fähigkeit, damit zu leben, dass Künstler nie ganz das machen werden, was Politiker sich erwarten. Gemäß dem Brechtschen Motto: in mir habt ihr einen, auf den ihr nicht vertrauen könnt. Mit diesem Restrisiko wird die Sozialdemokratie leben müssen, wenn sie die Diskussion sowohl in kulturellen als auch in ökonomischen Fragen wieder entscheidend mitdenken will.

Es ist für die Sozialdemokratie unumgänglich nötig, sich um die sehr kleine Gruppe der Kulturschaffenden zu kümmern, wenn sie die Hegemonie im Diskurs wieder erringen will – und diese Hegemonie ist die Voraussetzung dafür, neue Mehrheiten im Land zu schaffen. Das wird nur funktionieren, wenn einerseits die Kulturschaffenden aufhören, beleidigt im Eckerl zu stehen, und der Sozialdemokratie gebetsmühlenartig die Sünden der Vergangenheit und der Gegenwart vorzuhalten. Die Sozialdemokratie hat schwere Fehler gemacht, und sie kassiert täglich die Strafe – und wir alle mit ihr!

Die Sozialdemokratie wird begreifen müssen, dass Kultur mehr ist als Behübschung von Gemeindebauten und Parteita-

gen, sondern ein Lebensprinzip. Beide Seiten werden akzeptieren müssen, dass es im Verhältnis zu einander keine Einbahnstraßen gibt. So wie die Sozialdemokratie nicht erwarten kann, von Kritik verschont zu bleiben, so wenig können die Künstler erwarten, dass die Sozialdemokratie in ihrer täglichen Politik allen Anforderungen der Kulturschaffenden gerecht wird. Was – bei aller Kritik an der Sozialdemokratie – evident ist, ist die Tatsache, dass letztlich sie seit den 1970er-Jahren der Garant für das liberalere Klima war, selbst eingerechnet den Umstand, dass in den letzten Jahren vieles schief gelaufen ist.

Schließen möchte ich mit einem Zitat, von dem ich glaube, dass es in einem übertragenen Sinne sehr viel über die Möglichkeiten und Voraussetzungen eines guten Verhältnisses zwischen der Sozialdemokratie und den Kulturschaffenden sagt: »Setze den Menschen als Menschen und sein Verhältnis zur Welt als ein menschliches voraus, so kannst du Liebe nur gegen Liebe austauschen, Vertrauen nur gegen Vertrauen etc. Wenn du die Kunst genießen willst, musst du ein künstlerisch gebildeter Mensch sein; wenn du Einfluss auf andere Menschen ausüben willst, musst du ein wirklich anregend und fördernd auf andere Menschen wirkender Mensch sein. Jedes deiner Verhältnisse zum Menschen – und zur Natur – muss eine bestimmte, dem Gegenstand deines Willens entsprechende Äußerung deines wirklichen individuellen Lebens sein. Wenn du liebst, ohne Gegenliebe hervorzurufen, d. h. wenn dein Lieben als Lieben nicht die Gegenliebe produziert, wenn du durch deine Lebensäußerung als liebender Mensch dich nicht zum geliebten Menschen machst, so ist deine Liebe ohnmächtig, ein Unglück.« (Karl Marx, »Ökonomisch-philosophische Manuskripte«, 1844) 

MICHAEL AMON

lebt als freier Schriftsteller in Wien und Gmunden.
Kreisky-Preisträger. Zuletzt erschien von ihm »Und sie lügen doch«
(Molden-Verlag), eine satirisch-essayistische Abrechnung
mit dem Neoliberalismus.

**HAST DU MEINE
ALPEN GESEHEN?**
JÜDISCHES MUSEUM WIEN



DER JÜDISCHE BERGSTEIGER PAUL PREUSS, DER ANFANG DES 20. JAHRHUNDERTS DAS FREIKLETTERN PROPAGIERTE, UM 1910, LEIHGABE JIMMY PETTERSON

Total normal?

IDEOLOGIEN Die westliche Leitdoktrin des Kalten Krieges, die Totalitarismustheorie, erlebt seit Jahren eine furiose Auferstehung. Ein Lokalaugenschein auf dem Friedhof der ideologischen Kuscheltiere.

Im Jahr 2005 scheiterte eine europäische Initiative mit dem Ziel eines EU-weiten Verbotes des Hakenkreuzes am Widerstand mehrerer osteuropäischer Staaten. Sie hatten verlangt, in das Verbot auch die kommunistischen Symbole einzubeziehen, weil sich dafür jedoch keine Mehrheit fand. Im Gegenzug wurde auch das Verbot des Hakenkreuzes blockiert.¹

Dieselbe Abgeordnetengruppe, die anno 2005 ein Verbot des Hakenkreuzes verhindert hatte, machte ihre damalige Schlappe am 2. April 2009 mehr als wett. Auf Initiative der Europäischen Konservativen EPP-ED und der Grünen Europagruppe beschloss das EU-Parlament, den Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes, den 23. August 1939, künftig als »europaweiten Gedenktag an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime« zu begehen.² Die Sozialdemokratie hat mitgestimmt.

Beides, die Debatte um das Verbot des Hakenkreuzes wie auch der neue Europäische Gedenktag 23. August gehören zu einer langen Kette von Versuchen, auf europäischer Ebene nicht nur den Faschismus, sondern auch Kommunismus als ebenbürtiges Übel zu ächten.³ Zurückgegriffen wird zu diesem Zweck auf das Konzept des »Totalitarismus«, das eine prinzipielle Wesensgleichheit beider Herrschaftssysteme und der ihnen zugrundeliegenden Ideologien behauptet und damit implizit – gewissermaßen als »goldene Mitte« – die liberal-bürgerliche Demokratie als einzig gangbare Alternative erscheinen ließ.

KOMMUNISMUS = FASCHISMUS?

Eingang in den politischen Diskurs fand der Totalitarismusbegriff im Italien der frühen 1920er, wo der Mussolini-Bewe-

gung von ihren GegnerInnen vorgehalten wurde, einen »stato totalitario« anzustreben, bar aller individueller Freiheiten. Insbesondere SozialdemokratInnen in Deutschland und Österreich gebrauchten den Begriff bald nicht nur zur Abgrenzung gegen rechts, sondern vor allem auch gegen links. Die Kommunistischen Parteien unterstellten den Sozialdemokratien in Wahrheit »Sozialfaschisten« zu sein, diese konterten mit dem gleichen Vorwurf: Die Nazis seien »Rechtsbolschewisten«, die KommunistInnen hingegen »Linksfaschisten«.

Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 wurde der Begriff des Totalitarismus mit neuem Inhalt gefüllt. Die Sowjetunion sah sich einem Kampf auf Leben und Tod gegenüber, ihr konnte aufgrund dessen schwerlich der Vorwurf gemacht werden, insgeheim mit den Nazis im Bunde zu stehen. Auch in der Wolle gefärbte AntikommunistInnen bezogen daher zwischen 1941 und 1945 die Zuschreibung »totalitär« ausschließlich auf die faschistischen Achsenmächte. Nach deren Niederschlagung und dem Aufkommen des Kalten Krieges erfuhr der Totalitarismus seine letzte große und im Wesentlichen bis heute gültige Wandlung, indem er abermals auf die Regime Hitlers und Mussolinis einer- und Stalins andererseits angewandt wurde.

Auf diese Weise gelang es den Westmächten innenpolitisch den Schein einer kontinuierlichen Außenpolitik zu wahren, obwohl sie sich nun gegen ihren vormaligen Verbündeten im Osten wandten. Gleichzeitig war das Totalitarismuskonzept auch eine geistige Brücke zu den Besiegten in Westdeutschland und Italien, die in die antikommunistische Allianz integriert werden sollten. Ohne näher auf den Charakter der Regime einzugehen für die sie gekämpft hatten wurde ihnen zu verstehen gegeben, dass sie zumindest an der Ostfront tat-

1) vgl. Regina Fritz/Imke Hansen, Zwischen nationalem Opfermythos und europäischen Standards. Der Holocaust im ungarischen Erinnerungsdiskurs, in: Jan Eckel/Claudia Moisel (Hrsg.), Der Umgang mit dem Holocaust in internationaler Perspektive, Göttingen 2008 (= Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 24), Seite 59-85.

2) Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus, P6_TA(2009)0213.

3) Eine Zusammenfassung dieser Bemühungen findet sich bei: Hammerstein, Katrin/Hofmann, Birgit 2009: Europäische „Interventionen“. Resolutionen und Initiativen zum Umgang mit diktatorischer Vergangenheit. In: Hammerstein, Katrin et alii (Hg.): Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit, Göttingen, S. 189-203.

sächlich die *hostis generis humani*, die Feinde der Menschheit, bekämpft hatten. Und gegen die hieß es weiterhin standhaft zu bleiben, auch im eigenen Land.

IM SERIÖSEN GEWANDE

Konstitutiv für die Versuche, den Kampfbegriff Totalitarismus in eine konsistente wissenschaftliche Theorie zu kleiden sind bis heute besonders die Arbeiten von Carl Joachim Friedrich und seines mittlerweile zum Obama-Berater avancierten Mitarbeiters Zbigniew Brzezinski⁴ sowie Hannah Arendt⁵. Die Gleichartigkeit von Kommunismus und Faschismus ist nach Friedrich und Brzezinski durch sechs gemeinsame wesentliche Merkmale gekennzeichnet: 1.) eine utopische Heilslehre, 2.) eine hierarchisch strukturierte, alle Lebensbereiche beherrschende Massenpartei, 3.) eine terroristische Geheimpolizei, 4.) ein staatliches Nachrichtenmonopol, 5.) ein staatliches Waffenmonopol und 6.) die staatliche Lenkung der Wirtschaft. Auch Hannah Arendt sieht in der Ideologie, der terroristischen Herrschaftsausübung und der technisch ausgefeilten Manipulation der Massen die wesentlichen Merkmale totalitärer Herrschaft.

Die Schwächen dieser Interpretationen liegen vielfach auf der Hand: So ist schwerlich einzusehen, weshalb ein egalitäres, der Vernunft verpflichtetes Menschenbild, das größtmögliche Freiheit und Wohlstand für alle Menschen anstrebt, notwendigerweise eine ähnlich mörderische Wirkung entfalten muss, wie eine erklärtermaßen irrationale, rassistische und sozialdarwinistische Lehre, deren erklärtes Ziel in der Ausmerzungen »schwacher« und »fremder« Elemente besteht und die sich letztlich konsequent verhält, wenn sie ab einem gewissen Zeitpunkt die physische Vernichtung von Bevölkerungsgruppen mit diesen Zuschreibungen betreibt.

Auch die Arendtsche Gleichung »Rassenkampf = Klassenkampf = Massenmord« ist unrichtig: Der Rassismus zielt auf alle »minderwertigen« Individuen, während der Sozialismus die Aufhebung eines zwischenmenschlichen Verhältnisses be-

4) Friedrich, Carl Joachim (unter Mitarbeit von Zbigniew Brzezinski) 1957: Totalitäre Diktatur, Stuttgart.

5) Arendt, Hannah 2008: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, Totale Herrschaft, München.

zweckt: Die »Endlösung der Judenfrage« bestand darin, sämtliche jüdischen Personen aus dem eigenen Herrschaftsraum zu verbannen und im fortgeschrittenen Stadium der Radikalisierung, umzubringen. Die Vernichtung der »besitzenden Klasse« ist grundsätzlich nicht darauf aus, sämtliche Besitzenden physisch zu liquidieren, sondern den Reichen ihre bisherige wirtschaftliche Machtposition zu nehmen.

Hinzu kommt eine schlicht faktenwidrige Wahrnehmung der behandelten Regime. So ist etwa die Vorstellung einer strikt hierarchischen, monolithischen Herrschaftsstruktur im Hinblick auf die faschistischen Regime in Deutschland und selbstverständlich auch in Italien historisch nicht haltbar. Ebenso wenig ist die Behauptung zutreffend, in einem der Länder habe eine staatlich gelenkte Wirtschaft oder gar ein »völkischer« Sozialismus bestanden. Tatsächlich hatte der Faschismus im Unterschied zum Kommunismus sehr wohl eine die traditionellen Eliten begünstigende soziale Funktion. Und ungeachtet seiner fraglosen Schrecken hatte der stalinistische Terror eine ganz andere Funktion als die deutsche Völkermordpolitik: Selbst unter Stalin betrieb die Sowjetunion nie die gezielte Ausrottung bestimmter Bevölkerungsgruppen.

Aus diesen und etlichen weiteren offenkundigen Schwächen geht deutlich hervor, dass der einzige Sinn der durch die rein deskriptive Gleichsetzung zweier so offenkundig gegensätzlicher Bewegungen, Ideologien und Regime erreicht werden soll, in deren politischer Delegitimation besteht. In der Praxis betraf das bis zu seinem Zusammenbruch 1989 vornehmlich den Kommunismus. Warum feiert die Totalitarismus-Doktrin dann fröhliche Urständ, obwohl ihre »Forschungs«-Objekte die Bühne der Weltgeschichte bereits verlassen haben?

Der erste wesentliche Grund dafür war der Prozess der nationalen Neudefinition in den vormals kommunistischen Staaten. Deren liberale Eliten sind besonders im Baltikum nicht nur bestrebt den Kommunismus per se so nachhaltig

6) Den lettischen SS-Legionären wurde etwa in Lestine, hundert Kilometer von Riga gelegen, im Jahr 2000 in Anwesenheit des Oberkommandierenden der Streitkräfte ein Denkmal gesetzt. Die Beseitigung des zentralen Denkmals für die Opfer der Roten Armee in Talinn löste im Jahr 2007 tagelange Unruhen aus in deren Verlauf dutzende Verletzte und ein Toter zu beklagen waren. Vgl. Drechsel, Benjamin, Denkmäler zum Zweiten Weltkrieg. Bildaufsatz der Ikone „Denkmäler zum Zweiten Weltkrieg“, in: Online-Modul Europäisches Politisches Bildgedächtnis. Ikonen und Ikonographien des 20. Jahrhunderts, 09/2009, URL: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/europa/europaeisches-bildgedaechtnis/denkmaeler-zum-zweiten-weltkrieg.html>

wie möglich zu diskreditieren, sie versuchen gleichzeitig auch, eine nationale Opfererzählung als gemeinschaftlichen Bezugspunkt zu etablieren. Die Konsequenzen dieser Interpretation beschäftigen nicht nur die VerfasserInnen von Geschichtsbüchern. In Litauen etwa stand zwar seit 1989 kein einziger der zahlreichen Kollaborateure vor Gericht, die den deutschen Okkupanten tatkräftig bei der Verfolgung ihrer vornehmlich jüdischen und kommunistischen Opfer geholfen hatten. Dafür ermittelt die Staatsanwaltschaft seit 2008 mit viel Aufwand und unter großem medialen Getöse gegen ehemalige (und großteils jüdische) PartisanInnen.

Der Vorwurf: Als Teil der sowjetischen Partisanenbewegung hätten sie im Bund mit dem feindlichen Ausland gestanden und sich mithin des Hochverrates schuldig gemacht. In Lettland war das Datum der Kämpfe auf der Hochebene am Ufer der Velikaja, wo lettische SS-Legionäre sich zwischen dem 16. und dem 19. März 1944 kurzzeitig erfolgreich der vorrückenden Roten Armee entgegen gestellt hatten, durch das lettische Parlament 1998 zum nationalen Feiertag erhoben worden. Zwar rückte man von dieser Entscheidung auf internationalen Druck zwei Jahre später wieder ab, am offiziellen Charakter der Feierlichkeiten änderte das bis heute kaum etwas.⁶

XXXXXX

Weniger krass, in der Tendenz aber durchaus ähnliche Vorgänge lassen sich auch etwa in Ungarn, der Tschechischen Republik oder dem wiedervereinigten Deutschland beobachten. In der BRD hatte die Totalitarismustheorie bereits nach 1945 stärker als irgendwo sonst den Charakter einer Staatsideologie. Sie beeinflusste maßgeblich die verfassungsrechtliche Orientierung auf die »freiheitlich-demokratische Grundordnung«, war die Basis für das KPD-Verbot 1956 wie für die strukturelle Verfolgung von Linken durch den Radikalenerlass in den 1970ern und seit den 1960ern Grundlage der zeitgeschichtlichen Vermittlung an Schulen, die wiederum das Rückgrat der staatsbürgerlichen/politischen Bildung darstellte.

Nach der Wiedervereinigung wurde die Totalitarismustheorie plötzlich auch auf die DDR als »zweite deutsche Diktatur« übertragen. Anders als im Fall der »ersten« Diktatur verfuhr man hier bis in die Gegenwart – nicht zuletzt im strafrechtlichen Sinn – ungleich gründlicher. Es ist vermutlich nicht übertrieben, darin eine Radikalisierung der Totalitarismustheorie zu sehen: Die Gleichartigkeit von nationalsozialistischer Herrschaft und DDR-Regime hatten selbst prominente VertreterInnen der Totalitarismusthese selbst nicht behauptet oder – wie Hannah Arendt oder Ralph Jessen – dezidiert verneint.⁷

Ein zweiter entscheidender Grund für das Wiederaufleben der Totalitarismus-Doktrin ist die neue Standortbestimmung des Westens nach Ende des Kalten Krieges. Fanden erste Entwürfe einer kulturalistischen Neudefinition, etwa durch den US-Politologen Huntington, Anfang der 1990er noch wenig Beachtung, so änderte sich das schlagartig mit den Anschlägen vom 11. September 2001. Die Vorstellung einer westlich-demokratischen Sphäre, die sich im Abwehrkampf gegen den vordringenden Islamismus mühsam ihrer Haut erwehren müsse, ist als Grundparadigma nicht nur der geostrategischen Lage, sondern auch sozialer Konflikte in den westlichen Staaten selbst fest etabliert. Die These vom »dritten«, diesmal »islamistischen« Totalitarismus, wie sie 2003 der israelische Historiker Yehuda Bauer⁸ formulierte war da wohl nur eine Frage der Zeit.

Heute findet sich die Zuschreibung »totalitär« in sämtlichen Publikationen und Foren mit sogenanntem »islamkritischen« (nicht etwa: religionskritischen) Hintergrund. Einzig erkennbarer Zweck ist neben der Diffamierung durch Einreihung in eine Tradition – ausschließlich abendländischer – verbrecherischer Regime die Begrenzung der Handlungsoptionen der GegnerInnen des Totalitarismus, die schlussendlich auf eine repressive bzw. militärische »Problemlösung« hinausläuft und dabei rhetorisch wie argumentativ sämtliche Schamgrenzen hinter sich lässt.⁹ Die dritte Erfolgsbedingung des Totalitarismusbegriffs ist gewissermaßen die Genese aus den beiden vorhergehenden im Zuge der Schaffung einer eu-

7) Vgl. Meznik, Michael 2009: Parlamentarische Geschichtsaufarbeitung im Deutungskampf: Die DDR-Vergangenheit im Spiegel der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. In: Fassmann, Heinz/Müller-Funk, Wolfgang/Uhl, Heidemarie (Hg.): Kulturen der Differenz – Transformationsprozesse in Zentraleuropa nach 1989, Wien, S. 233.244, bes. 236 ff., desgl. Wippermann, Wolfgang 1997: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt, S. 102.

8) Bauer, Yehuda: Der dritte Totalitarismus. In: Die Zeit Nr. 32/2003, online unter http://www.zeit.de/2003/32/Essay_Bauer

9) Eine Ironie der Geschichte stellt Bauers wütende wie berechnete Kritik am 23. August als neuem europäischem Gedenktag dar, offensichtlich ist sich der Autor keiner eigenen Verantwortung für die Radikalisierung des Totalitarismus-Begriffs bewusst, die in dieser Entscheidung zum Ausdruck kam, vgl. <http://www.gedenkdienst.or.at/index.php?id=585>.

10) Aly, Götz 2008, Unser Kampf 1968, Frankfurt/Main.

11) In so epochalen Werken wie jenen des FAZ-Redakteurs Giseler Schmidt, vgl. ders. 1969: Hitlers und Maos Söhne. NPD und Neue Linke, Frankfurt/Main.

ropäischen Identität. Diese befördert auf historischer Ebene unter möglichst breiter Einbeziehung nationaler Erzählungen ein positives Bild eines vereinten Europas vor der Negativfolie einer »totalitären Erfahrung« und in Abgrenzung zu heutigen »totalitären Bestrebungen«. Dass diese Abgrenzung keineswegs defensiven, sondern im Zuge weltweiten militärischen Engagements durchaus auch offensiven Charakter haben kann versteht sich dabei von selbst.

Als vierter und letzter Faktor ist wohl die vollständige Hegemonie (wirtschafts-)liberaler Deutungsmuster anzusehen. Die Totalitarismus-Doktrin hatte für Liberale schon in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur zur Abwertung der kommunistischen Ideologie als solcher gedient, sondern auch zur Immunisierung gegen jegliche Kapitalismuskritik, der infolge ihrer Abweichung von der als ultimo ratio ausgegebenen »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« per se der Geruch des Totalitären anhaftet.

Zu bemerken war das zuletzt in der Debatte um die Studentenbewegung 1968, in der es dem Alt-68er Götz Aly¹⁰ vorbehalten blieb, den linken StudentInnen ein Naheverhältnis zur NS-Bewegung anzudichten und damit eine Argumentation wiederzubeleben, mit der das konservative Feuilleton der 1970er bereits versucht hatte, die Argumente der Linken in Misskredit zu bringen.¹¹

Dass diese Tendenz nach wie vor eine starke Rolle spielt, zeigt die Debatte im europäischen Parlament rund um den neuen Gedenktag. Dort merkte der konservative britische Abgeordnete Syed Kamall in Richtung der KritikerInnen des Entwurfes an, er hielte eine wissenschaftliche Debatte um etwaige Gemeinsamkeiten totalitärer Regime wie sie im Text der Entschließung vorgesehen war für überflüssig: »It is quite clear what the common thread is between Soviet socialism and National Socialism. The clue is in the phrase, and the answer is »socialism.« Hier also liegt das letzte und größte Erfolgsgeheimnis der Totalitarismus-Definition: Sie ist belie-

big adaptierbar und beschreibt immer nur diejenigen, die aus liberaler Sicht die *hostis generis humani* sind: Die Feinde der Menschheit. 

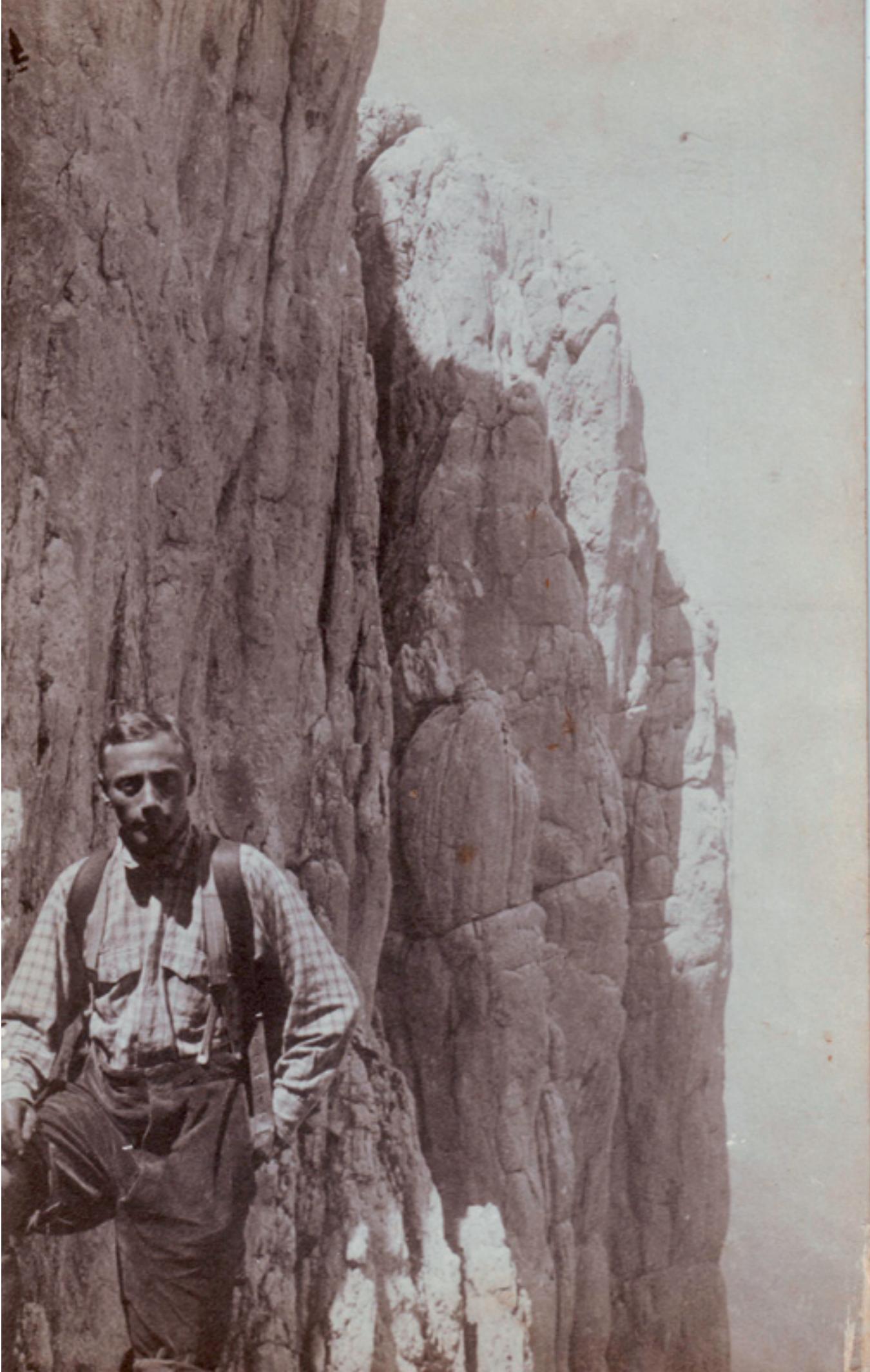
FLORIAN WENNINGER

ist Universitätsassistent am Institut für Zeitgeschichte
in Wien und Obmann des Vereins Gedenkdienst.

HAST DU MEINE ALPEN GESEHEN?

JÜDISCHES MUSEUM WIEN





DER JÜDISCHE BERGSTEIGER PAUL PREUSS, DER ANFANG DES 20. JAHRHUNDERTS DAS FREIKLETTERN PROPAGIERTE. UM 1910, LEIHGABE JIMMY PETTERSON

Die Betreuung von Wohnhäusern

WOHNBAU Wie wichtig das Thema HausbesorgerInnen für das urbane Zusammenleben sein kann, zeigt nicht zuletzt der Umstand, dass es der Stadt Wien eine Volksbefragung wert war. In seinem Beitrag setzt sich Peter Moser intensiv mit der Geschichte und Funktion des Berufsstandes, der »Abschaffung« der HausbesorgerInnen unter Schwarz-Blau und der wohnpolitischen Bedeutung einer Neuregelung für die Wiener Bevölkerung auseinander.

Die Wohnrechtsnovelle 2000 (WRN 2000) vor zehn Jahren war eine von jenen Gesetzgebungsakten der parlamentarischen Mehrheit der Regierungskoalition von ÖVP und FPÖ (Kabinett Schüssel 1), die ihr den Ruf der »Husch-Pfusch«-Legislative einbrachte und die dazu beitrug, dass »speed kills« erstmals auch auf politische Produkte angewandt wurde. Ein wichtiger Teil der WRN 2000 war die Abschaffung, genauer gesagt das Auslaufen der Gültigkeit des Hausbesorgergesetzes 1969 (HBG) für Beschäftigungsverhältnisse, die nach dem 30. Juni 2000 abgeschlossen wurden und Hausbetreuungsdienste zum Gegenstand hatten.

Damit wurde zwar nicht das Ende der Hausbetreuung eingeläutet, aber die Tür aufgetan zu einem Nebeneinander zweier Kategorien dieser Dienstleistungen: jenen auf der Basis und den anderen außerhalb des HBG. Die Parallelität führt oft zu Missverständnissen und fördert die ohnehin weit verbreitete Unkenntnis über die tatsächlichen Arbeitsinhalte und -bedingungen in diesem Berufsfeld. Da in diesem Beitrag immer wieder der Vergleich angestellt wird zwischen den beiden prinzipiellen Strukturen der Betreuung von Wohnhäusern, ist folgende Klarstellung angebracht:

– Hausbesorger und -besorgerinnen sind vom Hauseigentümer (bzw. der Hausverwaltung) mit der »Reinhaltung, Wartung und Betreuung von Häusern«¹ beschäftigte Personen, wobei diese Beschäftigung in einem Arbeitsverhältnis auf der Basis des Hausbesorgergesetzes geregelt ist.

– Von Hausbetreuern und -betreuerinnen spricht man, wenn es sich bei derartigen Dienstleistungen – in welcher arbeitsinhaltlichen Einschränkung oder Kombination auch immer – um Beschäftigungsverhältnisse handelt, die nach dem 30. Juni 2000 abgeschlossen wurden.

Rückblick auf den »Hausmeister«

Ende der 1940er Jahre gab es in Wien noch rund 40.000 Hausmeister. Ihre Zahl sank innerhalb von drei Jahrzehnten auf rund 26.000 herab. Seither nimmt sie pro Jahrzehnt um 2.000 Personen ab;² (1994) sind von den rund 22.200 Hausmeistern in Wien 3.900 für die Gemeinde Wien tätig.³ Zum Zeitpunkt der Aufhebung des HBG gab es in Wien insgesamt rund 19.000 Hausbesorger, rund 32.000 in ganz Österreich. Innerhalb von fünf Jahren gingen seit dem Wegfallen des Gesetzes 8.000 dieser Jobs verloren.⁴ Der Abbau von Hausbesorgerstellen war auch schon vorher, und zwar quer durch die gesamte Struktur der Hauseigentümer zu beobachten: In gemeinnützigen Wohnbauten stagnierte ihre Zahl in den 1990er Jahren bei rund 5.300, obwohl im selben Zeitraum der Wohnungsbestand um 30 Prozent zugelegt hatte. Ein relativ hoher Prozentsatz von gemeinnützigen Hausverwaltungen beschäftigte bereits Reinigungsfirmen bzw. hatte die Absicht, dies ab 2000 verstärkt zu tun.⁵

Die für die ersten Jahre nach der WRN 2000 fehlende gesetzliche Formulierung eines umfassenden Hausbetreuungsberufs ermöglichte – mehr noch als vorher – die selektive Vergabe einzelner Dienstleistungen aus dem Spektrum der Hausbesorger Tätigkeiten. Die berufsidente Nachbesetzung war nach der Abschaffung des HBG nicht mehr möglich. Dienste waren neu zu kombinieren und hinsichtlich der ökonomischen und qualitativen Aspekte zu testen. Man musste Erfahrungen sammeln und schauen, wie verschiedene Dienstleistungspakete bei den Hausbewohnerinnen und -bewohnern angenommen und bewertet werden. Große Hausverwaltungen reagierten auf die damals neu entstandene Situation unterschiedlich: – »Wiener Wohnen«, die Hausverwaltung der rund 220.000

- 1) Siehe §2 Zf.1 HBG 69 – in der politischen Debatte wurden und werden diese Inhalte stets als die Kernagenden der Hausbetreuung genannt, und zwar auch nach der WRN 2000.
- 2) Payer Peter: „Hausmeister in Wien – Aufstieg und Niedergang einer Rechtsperson“ in Wiener Geschichtsblätter, Beiheft 4/1996.
- 3) Payer Peter, ebenda (Quelle: Statistik Hauptverband der öst. Sozialversicherungsträger 1994).
- 4) ORF news, 18. April 2005.
- 5) Holzmann-Jenkins Andrea et al.: Das Hausbesorgerwesen in Wien, 1999.

- 6) siehe dazu: Jansky Herbert: Alternativmodell für die Betreuung städtischer Wohnhausanlagen in Wien; in „Dienstleistungen für Bewohner“, gbv; Wien 2005.
- 7) Krammer Heinrich: Hausbetreuung durch ein Tochterunternehmen; in „Dienstleistungen für Bewohner“, gbv; Wien 2005.
- 8) Maierhofer Friedrich: Hausbetreuung im Wohnpark Alt-Erlaa; in „Dienstleistungen für Bewohner“, gbv; Wien 2005.
- 9) Stenographisches Protokoll 29. Sitzung NR, XXI. GP, 6. Juni 2000

Gemeindewohnungen, behalf sich vorerst mit der Zusammenlegung von Hausbesorgerposten; darüber hinaus wurden Betreuungsleistungen an Privatfirmen vergeben und Werkverträge mit Einzelpersonen abgeschlossen. Die 2002 gegründete »Wiener Wohnen Hausbetreuungs GmbH« wurde beauftragt, in jenen städtischen Wohnanlagen, die nicht mehr von Hausbesorgern betreut werden, die Reinigung, Wartung und Beaufsichtigung sowie anfallende Kleinreparaturen durchzuführen. Ein Stützpunktenetz wurde aufgebaut. Für die Winterarbeiten und die Grünflächenbetreuung in den städtischen Wohnanlagen wurde etwas später eine weitere Wiener Wohnen Tochtergesellschaft gegründet.⁶

– Gemeinnützige Bauvereinigungen, wie z.B. im Jahre 2002 die Siedlungsgenossenschaft »Frieden«, behalfen sich mit der Gründung eines Tochterunternehmens auf der Basis des § 7 (4b) Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG). Es wurden ortsansässige Personen beschäftigt, die den in einem »Sprengele« (einem abgegrenzten, kompakten geographischen Bereich) befindlichen Hausbestand der Bauvereinigung zu betreuen, vor allem zu reinigen haben. Die Schneeräumung war nicht mehr inbegriffen.⁷

– Die Variante, ohne »outsourcing« der Betreuungsleistung sich mit der Erweiterung des Dienstleistungsangebots als gemeinnützige Bauvereinigung zu behelfen (§ 7 (4a) WGG), kam nach Anfangsschwierigkeiten ebenfalls zur Anwendung, vor allem bei großen Anlagen, wie z.B. im Wohnpark Alt-Erlaa der GESIBA. Die Hausverwaltung konnte sich auf schon früher gemachte Erfahrungen im Wohnpark stützen und schuf nach der WRN 2000 neue Hausbetreuungszentren, deren Beschäftigte im 24-Stunden-Schichtbetrieb agieren.⁸

Alle drei Betreuungsmodelle machen sich – ökonomisch betrachtet – den Vorteil der großen Wohnungsanzahl in einer Anlage oder der räumlichen Nähe der Wohnhäuser zunutze. Nur solche Gegebenheiten ermöglichten, dass die neuen Hausbetreuer und -betreuerinnen den Bewohnerhaushalten ähnlich nahe, erreichbar und vielleicht auch verfügbar sein konnten wie die Hausbesorger und -besorgerinnen alten Typs, die in Dienstwohnungen wohnten.

Auf die große Masse der vorwiegend privaten, weiträumig gestreuten Wohnungsbestände treffen solche Lagevorteile nicht zu. Die im früheren Berufsprofil des Hausbesorgers integrierten Dienstleistungen und verlangten Qualitäten – Erreichbarkeit, Verfügbarkeit, rasche Problemlösung (bzw. Veranlassung dazu) – konnten bei gleichen oder gar reduzierten Kosten nicht gewährleistet werden.

Die »Abschaffung« des HBG – die Argumentationen

Auf dem Weg von der Hausbesorgung zur Hausbetreuung kam eine Vielzahl von Aspekten zur Sprache, die in folgende drei Bereiche zusammengefasst werden können: (1) der Wohnkostenbereich, (2) der Qualitätsbereich der Dienstleistung sowie (3) der beschäftigungspolitische und arbeitsrechtliche Bereich. Alle in den ersten Jahren erkennbaren Folgeerscheinungen der HBG-Abschaffung waren zuvor in den Debatten zur WRN 2000 angesprochen worden.

Die Wohnkostenargumentation

Das häufigste Argument, das für das Auslaufen des HBG vorgebracht wurde, war die behauptete Senkung der Betriebskosten, in denen die Hausbesorgerkosten integriert sind. Nicht nur die den Abschaffungsantrag stellenden NR-Abgeordnete (Tancsits, Fekter, Firlinger) zitierten Experten aus dem Bautechnausschuss: »Herr Lugger hat uns im Ausschuss erklärt, dass er von derzeit durchschnittlich 5 S Kosten pro Quadratmeter mit einer 20- bis 60-prozentigen Reduktion auf dann nur mehr 2 bis 4 S pro Quadratmeter rechnet.« (BM Martin Bartenstein/ÖVP)⁹; »Ich habe ... nachgewiesen, dass die Betriebskosten um bis zu 25 Prozent gesenkt werden können, wenn der Hausbesorger eingespart wird. Dies bestätigen sowohl Herr Dr. Lugger als auch Herr Dr. Amann, die ebenfalls von 25 Prozent gesprochen haben.« (Andreas Sodian/FPÖ)

Der Kosteneinspareffekt wurde stark angezweifelt. Früher in einem Hausbesorgerpaket integrierte Leistungen würden ausgelagert und teurer werden, ihre Abrechnung in unterschiedlichen Rechenkreisen sei nicht mehr nachvollziehbar. Dass mit dem Wegfallen der Verpflichtung, eine

Dienstwohnung zur Verfügung zu stellen, die Wohnkosten sinken würden, blieb auch nicht unwidersprochen. Trotz Expertenwarnungen wurden Probleme – insbesondere im Wohnungseigentumssektor – von den Protagonisten der HBG-Abschaffung unbeachtet gelassen. Zehn Jahre später räumt NR-Abgeordneter Tancsits jedoch ein: »Jene Wohnungseigentumsgemeinschaften, denen es seit Mitte 2000 gelungen ist, einen alten Hausbesorgervertrag zu beenden bzw. auslaufen zu lassen, standen bzw. stehen jedoch noch immer vor dem Problem der Hausbesorgerwohnung.«¹⁰

Zahlreiche Stellungnahmen von Verbänden, die für gewöhnlich keine ideologische Nähe zur damaligen Regierungsoption (SPÖ, Grüne) pflegen, kritisierten das Vorhaben der Regierungsparteien (ÖVP+FPÖ) und bevorzugten eine Reform des HBG. Die ersatzlose Streichung würde durchaus kritikwürdige Entwicklungen und Missstände nicht beseitigen.¹¹

Qualitäts- und Arbeitsprofilargumentation

Das HBG und die Landes-Verordnungen hatten in der Bevölkerung ein einheitliches Tätigkeitsprofil entstehen lassen. Man wusste, was und wofür der oder die HausbesorgerIn zuständig und verantwortlich sei und womit man sich an diese Person wenden konnte. Der ÖGB und auch der Österreichische Städtebund kritisierten in ihren Stellungnahmen zur WRN 2000 den drohenden Verlust des alten bzw. das Fehlen eines neuen beruflichen Leitbildes: Das »Berufsbild des Hausbesorgers, Fachkenntnisse im technischen Bereich, Stellung des Hausbesorgers zwischen Hausverwaltung und Bewohner« seien novellierungsbedürftig.¹²

Auch der Österreichische Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen (gbv) trat nicht für die ersatzlose Streichung des HBG, sondern für dessen Ersatz »durch ein modernes Recht der Hausbetreuung« ein und schlug vor, dass »aus Gründen der Rechtssicherheit [Kostenüberwälzung, Form der Durchführung der Hausbetreuungsmaßnahmen] ... Ver-

ordnungsermächtigungen (BM für Justiz, BM für Wirtschaft & Arbeit), aber auch geeignete ÖNORMEN überlegt werden könnten.«¹³

Die beschäftigungspolitische und arbeitsrechtliche Argumentation

Die Schaffung von Arbeitsplätzen gehört zu den gängigsten Maßeinheiten einer politischen Aktivität. Im Falle der HBG-Außerkräftsetzung war das nicht anders: »[der Ausschussexperte Lugger] ... hat ausdrücklich von einer ›Jobmaschine‹ gesprochen, also Arbeitsplätze gehen nicht verloren, sondern Arbeitsplätze werden deswegen geschaffen, weil manches, was sich heute im grauen Bereich abspielt, dann eben legalisiert und in konkrete Anstellungsverhältnisse münden wird.« (BM Martin Bartenstein/ÖVP)

Gegen diese in Aussicht gestellte Zunahme von Beschäftigten im Bereich der Hausbetreuung wurde zwar kaum opponiert; an der Vision von »konkreten Anstellungsverhältnissen«¹⁴ und »arbeitsrechtlicher Gleichstellung« entzündete sich jedoch besonders viel oppositionelle Kritik: Prekäre (atypische) Beschäftigungsverhältnisse würden zunehmen anstatt arbeits- und sozialrechtlich gesicherter Anstellungen; das gesetzliche Instrumentarium für berufsspezifische Flexibilität und die Kollektivvertragsfähigkeit (auf Arbeitsgeberseite) fehlen.

Auch fünf Jahre nach der WRN 2000 gab es außer den Gebietskörperschaften und dem Verband der gemeinnützigen Bauvereinigungen noch keine kollektivvertragsfähige Vertretung auf der Seite der Arbeitgeber von Hausbetreuern und -betreuerinnen. An diesem Zustand hat sich bis heute nichts geändert. 2005 wurde daher von der SPÖ – auf Betreiben des ÖGB – ein Entschließungsantrag im Parlament eingebracht, mit dem der Bundesminister aufgefordert wurde, »im Dialog mit den Sozialpartnern ein modernes Hausbesorgergesetz auszuarbeiten und dem Nationalrat zuzuleiten, welches ein modernes Berufsbild des Hausbesorgers/der Hausbesorgerin schafft, arbeitsrechtliche Bestimmungen enthält, wel-

10) Tancsits, W., Amann, W.: Hausbewirtschaftung ohne Hausbesorgergesetz – Evaluierung, S.8; Wien 2009.

11) siehe Österreichischer Haus- und Grundbesitzerbund: Stellungnahme zum Antrag 129A (WRN 2000), Wien 5. Mai 2000.

12) siehe Österreichischer Gewerkschaftsbund: Stellungnahme zum Antrag 129A (WRN 2000), Wien 5. Mai 2000.

13) siehe Österreichischer Verband der gemeinnützigen Bauvereinigungen: Stellungnahme zum Antrag 129A (WRN 2000), Wien 4. Mai 2000.

14) Siehe XXI.GP-Nr. 129/A, Begründung zum Antrag der NRAbg. Tancsits (ÖVP), Firlinger (FPÖ), Fekter (ÖVP) – WRN 2000.

15) Quelle: [http://www.parlinkom.gv.at;565/A\(E\)XXII.GP](http://www.parlinkom.gv.at;565/A(E)XXII.GP)

16) BM Wirtschaft und Arbeit: M 1/2005/XXVI/99/1, § 1 Mindestlohnstarif für HausbetreuerInnen für Österreich.

17) Moser Peter, Stocker Eva: Hausbetreuung nach Abschaffung des Hausbesorgergesetzes. SRZ Stadt+Regionalforschung i.A. Stadt Wien/Wohnbauforschung, Wien 2008.

che auf dieses ganz spezifische Berufsbild abgestimmt sind, geeignete Bestimmungen über die Dienstwohnung enthält, auf berechnete Wünsche der Wohnungswirtschaft Rücksicht nimmt, die Wahlfreiheit der MieterInnen sicherstellt, sich für einen HausbesorgerIn oder für eine Hausbetreuungsfirma zu entscheiden«.¹⁵

Der Vorstoß blieb erfolglos. Die Argumentation der Protagonisten der HBG-Abschaffung aus dem Jahre 2000 war unverändert; manche Interessensvertretungen, die sich früher selbst gegen die Abschaffung ausgesprochen hatten, verteidigten jetzt die neue Rechtssituation und wandten sich entschieden gegen die Wiedereinführung eines eigenen Arbeitsrechts für Hausbesorger. Das einzige Neue war, dass Verhandlungen über Hausbetreuungstarife begonnen und im Herbst 2005 mit einem bundesweit geltenden »Mindestlohnstarif für Hausbetreuer« abgeschlossen worden sind.

Dieser Tarif war auf ab dem 1. Oktober 2005 begonnene Dienstverhältnisse zwischen »Arbeitnehmern, die mit der Reinhaltung, Wartung, Beaufsichtigung und/oder Betreuung sowie Bedienung von Anlagen und Einrichtungen auf Liegenschaften betraut sind«, und »Arbeitgebern, die weder Mitglieder einer gesetzlichen Interessensvertretung noch einer freiwilligen kollektivvertragsfähigen Berufsvereinigung sind«, anzuwenden.¹⁶

Hausbetreuung als Wohnforschungsthema

Von der Wiener Wohnbauforschung wurde die Thematik im Jahre 2007 einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung und Analyse in unterschiedlich großen und verschiedenartig betreuten Wohnanlagen unterzogen.¹⁷ Die Untersuchung lieferte, fast ein Jahrzehnt nach der letzten derartigen Studie (1999), die ersten umfassenden Befunde, von denen einige wenige, knapp zusammengefasst, hier präsentiert werden.

Wohnkosten – Senkung oder Steigerung?

Der Rückblick auf sieben Jahre Praxis nach Abschaffung des

HBG liefert bei den Expertinnen und Experten ein zumindest in folgendem Punkt einhelliges Resultat: Der direkte Vergleich von Hausbesorger- und Hausbetreuerkosten ist praktisch unmöglich, und zwar wegen der Ungleichheit der Leistungen (Leistungspakete), wegen der Ungleichheit der Entlohnung (Dienstwohnung, Lohnnebenkosten) und wegen der Ungleichheit der Verrechnungskreise für verschiedene Leistungen.

Trotz dieser gravierenden Vergleichbarkeitsprobleme sprechen manche Hausverwaltungen – vor allem bei größeren Wohnanlagen – fallweise von Senkungen auf bis zu 70 % der Hausbesorgerkosten. Sie fügen jedoch auch hinzu, dass diese Kostensenkung mit einer Qualitätsminderung der Dienstleistung einhergeht.

Unter den Bewohnerinnen und Bewohnern ist die Kenntnis der Hausbetreuungskosten generell sehr gering. Schon 1999 war das Einkommen des/der Hausbesorgerin nur wenigen ungefähr bekannt. Die fortschreitende Zersplitterung der Betreuungsleistungen erschwert den Überblick noch mehr. Die meisten Leute wissen gar nicht, wer wofür zuständig ist und welcher Dienst welche Kosten verursacht. Trotz ihrer Unkenntnis regen sich viele über »zu hohe« Kosten der Hausbesorgung und –betreuung auf.

Hausbesorgung – Hausbetreuung: Tätigkeitsprofile

Das Tätigkeitsprofil des Hausbesorgers bzw. der Hausbesorgerin umfasst nahezu alle Arbeiten, die auch heute unter dem Begriff der Hausbetreuung verstanden werden. Die Aufteilung dieser Dienstleistungen auf mehrere, verschiedene Personen – und Firmen – war zwar schon vor Abschaffung des HBG zu beobachten, sie wurde jedoch zur vorherrschenden Praxis in jenen Anlagen, in denen neues Betreuungspersonal beschäftigt ist. Ein einheitliches, für alle Wohnanlagen gleichermaßen gültiges Tätigkeitsprofil gibt es nicht mehr. In den neuen Arbeitsverträgen muss für jede Anlage erfasst werden, welche Dienste wie oft durchgeführt werden.

Reinigungsdienste

Die Zufriedenheit mit den Reinigungsdiensten ist generell sehr hoch, in den Hausbetreuungsanlagen gibt es aber deutlich mehr Unzufriedenheitsnennungen als in Hausbesorgeranlagen, insbesondere in Bezug auf den Winterdienst.

Wartungs-, Kontroll- und Reparaturdienste

Im Durchschnitt über alle Anlagentypen weiß ein Viertel der Befragten nicht, wer regelmäßig Kontrollen durchführt, 13% wissen nicht, wer für Wartung und Instandhaltung zuständig ist, und rund ein Fünftel der Befragten kann nicht sagen, wer kleinere Reparaturen erledigt. In Hausbesorgeranlagen sind jedoch der Kenntnisstand und auch die Zufriedenheitswerte deutlich besser als in den anderen Anlagen.

Betreuung der Außenanlagen, Grünanlagen

Knapp 80% der Hausbesorger und -besorgerinnen, aber nur 56% der Hausbetreuer und -betreuerinnen befassen sich regelmäßig mit der Pflege der Außenanlagen. Bei der Bewertung schneidet die alte Betreuungsform besser ab: Hier sind nur 10% unzufrieden im Vergleich zu einem Viertel der Wohnerschaft der neuen Betreuungsform.

Soziale Aspekte der Hausbetreuungstätigkeiten

Über die grundsätzliche Wichtigkeit sozialer Dienste in der Hausbetreuung gibt es große Zustimmung, aber auch ernst zu nehmende Skepsis, ob solche Funktionen den Hausbetreuerinnen oder -besorgerinnen anvertraut werden sollten. Der überwiegende Teil der befragten Wohnbevölkerung ist der Meinung, dass man die Sozialdienste geschultem Fachpersonal überlassen sollte.

Mitbestimmung über die Hausbetreuung

Das Bewohnerbedürfnis nach Mitbestimmung über die Hausbetreuung ist unübersehbar: Die Entscheidungsbefugnis soll nicht exklusiv bei der Hausverwaltung bleiben, eine Bewohnervertretung sollte in die Entscheidungen eingebunden sein, was im Rahmen der Hausbetreuung zu tun sei – unabhängig

vom Betreuungsmodell. Die Hausverwaltungen, aber auch die Interessensvertretung des Hausbetreuungspersonals stehen der Bewohnermitbestimmung, insbesondere in Personalfragen, jedoch sehr skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Arbeitswelt Hausbetreuung und berufliche Qualifizierung

Trotz einer generell positiven Bewertung des eigenen Berufs zeigt sich in wichtigen Aspekten des Berufslebens ein ernst zu nehmendes Maß an Unzufriedenheit, z. B. wegen fehlender Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Die über 50-jährigen, insbesondere die Frauen, sind mit den Gesundheitsbedingungen, die Ältesten hinsichtlich ihrer Rechte als Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen signifikant unzufriedener als der Durchschnitt.

Das Bedürfnis nach beruflicher Weiterbildung – vor allem durch Kurse – ist generell sehr hoch. Die Forderung (der Gewerkschaftsjugend) nach einem Lehrberuf »Hausbetreuung« stößt – vor allem wegen der zu befürchtenden Kostenentwicklung – nur auf wenig Zustimmung. Jedoch sollte die Mitverantwortung der Hausverwaltungen (Arbeitgeber) bei der Qualifizierung ihres Betreuungspersonals nicht unerwähnt bleiben: Wenn die Hausverwaltungen einerseits auf die Kosten der Hausbetreuung – und damit auf die Lohnkosten – drücken und andererseits darüber klagen, dass sie kaum mehr qualifizierte Kräfte finden, dann ist dies zu einem guten Teil ein selbst verursachtes Problem. Beruflich qualifiziertes Personal wird sich in so einem Niedriglohnsegment eben nicht bewerben.

Regelungsbedarf

Einige Dienstleistungen im Hausbetreuungsbereich zeichnen sich durch folgende Besonderheiten aus: Sie fallen witterungsabhängig an; sie müssen im unvorhersehbaren Anlassfall möglichst rasch erbracht werden; sie müssen auch im Falle der Dienstverhinderung durch eine Ersatzperson ausgeführt werden. Das HBG bot dafür wesentliche strukturelle Rahmen-

elemente. Sonderbestimmungen sind erforderlich, wenn die Qualität der Dienstleistungen erhalten werden und der soziale Rahmen für ihre Erbringung bei den Berufstätigen zumindest dem allgemeinen Standard der Arbeitsrechte entsprechen sollen. Eine Ausweitung der Durchrechnungszeiträume ist nur eine begrenzte Lösung. Witterungsabhängige Dienste können ohne gesetzliche Sonderregelung nicht funktionieren. Die Erbringung der Betreuungsdienstleistung bei Verhinderung und die Haftungsfrage sind ebenfalls regelungsbedürftig. Unterstellt man ein über alle Differenzen hinweg gültiges gemeinsames Interesse an Instandsetzungs- und Werterhaltungsmaßnahmen der Wohnhäuser, dann ist das Fehlen eines Regelwerkes schädlich für alle Beteiligten und für die Wohnimmobilie selbst auch.

Hausbesorger und Hausbesorgerinnen – ja oder nein?

Vom 11. bis 13. Februar 2010 findet in Wien eine Volksbefragung statt. Die erste von fünf Fragen, die alle nur mit Ja oder Nein zu beantworten sind, lautet: Sind Sie dafür, dass in Wien die Möglichkeit geschaffen wird, neue HausbesorgerInnen (mit modernem Berufsbild) einzustellen? Es ist eine simple Frage nach einer Haltung zu einer gar nicht simplen Materie. In der empirischen Sozialforschung gibt es für die Gestaltung von Befragungen eine Art Faustregel: Der Sinn einer Frage ergibt sich aus der Brauchbarkeit der (möglichen) Antworten. Unterzieht man die beiden Antwortmöglichkeiten der Volksbefragung diesem Faustregel-Qualitätskriterium, dann gibt es ein klares Testergebnis: Eine Volksbefragung ist kein Instrument der empirischen Sozialforschung.

Für die Sozialforschung steht der Bedarf an Wissen über den sachlichen Inhalt des Politikums im Vordergrund: Welche Menschen wollen was unter welchen Bedingungen zu welcher Zeit und um welchen Preis? Eine von derartigen Fragen und Fragenkombinationen angeleitete sozialwissenschaftliche Produktion kann Kenntnisse über einen komplexen gesellschaftlichen Sachverhalt liefern. Eine Volksbefragung hingegen zählt nur, wie viele schwarze und weiße, Ja- und Nein-Posi-

tionen es gibt, sonst nichts. Sie hat nicht den Anspruch, komplexes Wissen zu generieren. Und die Farbe(n) derer, die keine der beiden Antworten abliefern, bleiben der nachträglichen Spekulation überlassen. Mit Exit-Polls lässt sich allenthalben noch ein bisschen etwas über das befragte Volk in Erfahrung bringen.

Der Sinn von Volksbefragungen ist also anderswo zu finden: Sie dienen den politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten als parteiliches Positionierungsinstrument. Je besser die Befragung in einen gesellschaftlichen Diskurs eingebettet wird, in dem sich Positionen in der Bevölkerung sukzessive herauskristallisieren, zusammenfassen und zuordnen lassen, um so brauchbarer wird das Instrument für die politischen Parteien.

Wird dieser Diskurs nicht aufbereitet oder schlecht strukturiert und nicht auf die Brauchbarkeit des schwarz-weiß-Resultats hin orientiert, dann ist es »schad' ums Geld«, das die Volksbefragung kostet. Welchen Stellenwert die politischen Parteien diesem Plebiszit-Instrument geben und wie auch immer sie das Auszählungsergebnis interpretieren werden, für die von der Hausbetreuung Betroffenen und mit ihr Beschäftigten ist es längst sinnvoll, dass diese Problematik möglichst breit und umfassend thematisiert wird. Das war auch für den Autor das sinnstiftende Motiv, diesen Beitrag zu verfassen – in Abwandlung des Spruchs »Der Weg (zur Abstimmung) ist das Ziel« – nicht das Abstimmungsresultat. 

PETER MOSER

war Architekt (TU Wien) und ist Sozialwissenschaftler (Politologie, IHS) mit den Schwerpunkten Stadtforschung und Wohnforschung: Er ist Mitbegründer und Mitarbeiter des SRZ Stadt+Regionalwissenschaftlichen Zentrums in Wien.

HAST DU MEINE ALPEN GESEHEN?

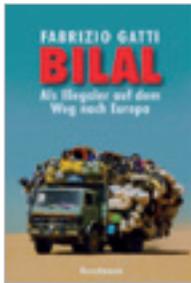
JÜDISCHES MUSEUM WIEN





SZENENFOTO AUS DEM FILM DER WEISSE RAUSCH MIT HANNES SCHNEIDER, 1931, © FILMMUSEUM MÜNCHEN

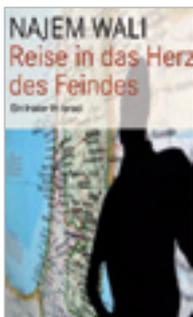
Aufstand, Revolution & Illegale



Fabrizio Gatti
BILAL

Bilal ist ein Illegaler, unterwegs auf einer der berüchtigtsten Transitrouten von Afrika nach Europa. Bilal ist Fabrizio Gatti, der renommierte Journalist, der sich als Migrant unter die anderen gemischt hat, um zu erleben, was sie erleben, und davon zu erzählen. Der moderne Menschenhandel entlang der großen Trecks ist ein brutales, hochprofitables Geschäft. Viele stranden, manche Spur verliert sich für immer.

Kunstmann, 457 Seiten, 25,60 Euro



Najem Wali
REISE IN DAS HERZ DES FEINDES

Israel – das ist für seine arabischen Nachbarn der Feind schlechthin. Als ketzerisch gilt, wer andere Ansichten vertritt oder gar ins »Land des Feindes« reist. Wali wagt es, dieses Tabu zu brechen. Von Jerusalem bis Haifa, von Nazareth bis zum Golan begegnet Wali Dichtern, Intellektuellen und Politikern, aber auch den Menschen auf der Straße. Sie hoffen auf Frieden und Dialog im Nahost-Konflikt.

Hanser, 239 Seiten, 18,40 Euro



William R. Polk
AUFSTAND

Der renommierte Experte für den Nahen und Mittleren Osten nimmt uns in seiner Untersuchung mit auf einen erkenntnisreichen Rundgang durch die Geschichte der Aufstände. Er analysiert Guerillakriege – vom Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg bis zu den Widerstandsbewegungen im Irak und in Afghanistan und zeigt, warum Bemühungen, diese Art von Rebellion niederzuschlagen, regelmäßig scheitern.

Hamburger Edition, 340 Seiten, 32,90 Euro



Robert Menasse PERMANENTE
REVOLUTION DER BEGRIFFE

Das Eigentümliche an großen Begriffen wie »Demokratie«, »Arbeit«, »Religion«, »Kultur« oder »Europa« ist, dass sie einer permanenten Banalisierung unterworfen sind: Sie wurden zu bloßen Worten, die jeder im Munde führt, die aber nichts mehr bedeuten. Robert Menasse unternimmt dagegen eine permanente Revolution der Begriffe und zeigt: Die Welt steht auf dem Kopf, wenn wir die Begriffe wieder auf die Füße stellen.

Suhrkamp, 123 Seiten, 9,30 Euro



Kai Bird / Martin J. Sherwin
J. ROBERT OPPENHEIMER

J. Robert Oppenheimer, der »Vater der Atombombe«, zählt zu den schillerndsten Figuren der jüngeren Zeitgeschichte. Für ihre glänzende Biographie des »amerikanischen Prometheus« erhielten Kai Bird und Martin J. Sherwin den Pulitzer-Preis. Exemplarisch lassen sie das Drama eines Forschers lebendig werden, der sich zwischen Erkenntnisdrang und ethischer Verantwortung entscheiden muss.

Propyläen, 672 Seiten, 30,80 Euro



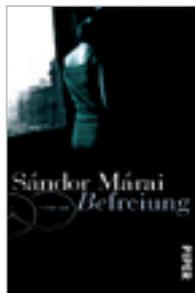
Georg Brunold (Hg.)
NICHTS ALS DIE WELT

Hier sind die großen Reportagen und Augenzeugenberichte der Weltliteratur in einem prächtigen Folioband versammelt und ergänzt mit ganzseitigen Fotoreportagestrecken, deren jüngste die entlassenen Angestellten von Lehman Brothers beim Finanzcrash von 2008 zeigt. Das Buch ist auch eine Ehrenrettung der Reportage, einer im deutschsprachigen Raum noch immer verkannten Form der Literatur.

Kiepenheuer & Witsch, 681 Seiten, 87,40 Euro

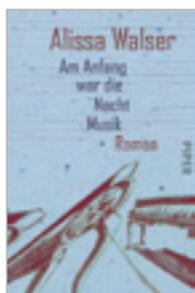
Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Ungarn, Tschechow & Ghandi



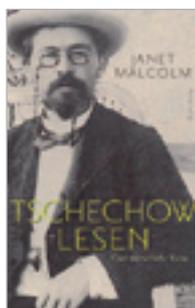
Sándor Márai
BEFREIUNG

1945 entstanden, ist »Befreiung« Sándor Márais letzter in Ungarn verfasster Roman und liegt nun erstmals auf Deutsch vor: Unerbittlich und mit großer Intensität erzählt er von der jungen Erzsébet, der im belagerten Budapest auf tragische Weise Befreiung widerfährt. Geprägt von der Intensität des eigenen Erlebens, spricht Márai von Freiheit, Anstand und dem letzten Augenblick seiner sich selbst zerstörenden bürgerlichen Welt.
Piper, 194 Seiten, 17,50 Euro



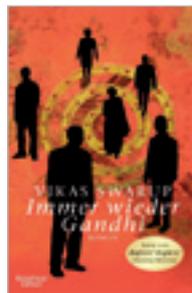
Alissa Walser AM ANFANG
WAR DIE NACHT MUSIK

Franz Anton Mesmer war im Wien des 18. Jahrhunderts für seine magnetischen Heilkünste berühmt und berüchtigt. Er will einer in ihrer Kindheit erblindeten Sängerin und Pianistin wieder zu ihrem Augenlicht verhelfen. Walser nimmt uns mit auf eine literarische Reise von bestrickender Schönheit und schrieb einen Roman über Krankheit und Gesundheit, über Musik und Wissenschaft und über unsere fünf Sinne.
Piper, 256 Seiten, 20,60 Euro



Janet Malcolm
TSSCHECHOW LESEN

Warum gestehen Tschechows Figuren einander ihre Liebe meist in verwunschenen Gärten? Warum mochte Tschechow keine Hochzeiten? Und was ist die Wahrheit hinter dem Mythos seines Todes, den er angeblich mit einem Glas Champagner in der Hand erwartet hat? Man kann alles über Tschechow wissen – oder nichts. So oder so wird man Janet Malcolm für dieses Buch mögen.
Berlin Verlag, 208 Seiten, 20,50 Euro



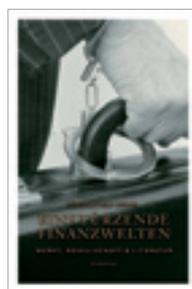
Vikas Swarup
IMMER WIEDER GHANDI

Nach dem Bestseller »Rupien! Rupien!«, der als »Slumdog Millionär« ein großer Filmerfolg wurde, nun der zweite Roman des indischen Autors. Vicky Rai, kaltblütiger Sohn des indischen Innenministers und ein erfolgreicher und korrupter Unternehmer, wird auf einer Party erschossen. Sechs Personen haben eine Pistole und könnten ihn umgebracht haben; und sie hätten auch allen Grund dazu gehabt.
Kiepenheuer & Witsch, 622 Seiten, 23,60 Euro



Adam Haslett
UNION ATLANTIC

Eine pensionierte Lehrerin, ein Investmentbanker und der junge, haltlose Nate – in einer Kleinstadt bei Boston treffen sie zum ersten Mal zusammen: drei Generationen, drei Menschen, die kaum unterschiedlicher sein könnten. Sie werden sich streiten, sich verlieben und fast ruinieren – und am Ende dieses Sommers eine noch viel weiter reichende Krise in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts heraufdämmern sehen.
Rowohlt, 400 Seiten, 20,50 Euro



Evelyne Polt-Heinzl
EINSTÜRZENDE FINANZWELTEN

Ein Blick in die Literaturgeschichte kann auch bei Wirtschaftskrisen erhellend sein – insbesondere dann, wenn es ein so kluger und lehrreicher ist, wie der der Literaturwissenschaftlerin Evelyne Polt-Heinzl. Sie hat die Literatur des 20. Jahrhunderts durchforstet und ist auf Spekulanten, Hochstapler, Krisengewinnler gestoßen – und auf hunderttausende Arbeitslose.
Sonderzahl, 192 Seiten, 18 Euro

1) Weissel Erwin, Kurzfristige Effekte der Arbeitszeitverkürzung, Wien, Europaverlag 1976.

2) Baumgartner Josef, Huber Peter, Marterbauer Markus, Seiler Friederike, Walterskirchen Ewald, Zwiener Rudolf, Beschäftigungswirkungen und ökonomische Effekte von Arbeitszeitverkürzungen, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Wien 2001.

Kürzere Arbeitszeit jetzt!

Ziemlich genau vor dreißig Jahren war in Österreich die Vollbeschäftigung zu Ende: Im Jahr 1980 waren noch 50.000 Personen arbeitslos gemeldet, die Arbeitslosenquote lag bei 2 %. Doch im Zuge der Rezession 1981 erhöhte sie sich rasch auf über 4 %. Für die Gewerkschaften Anlass für die Forderung nach weiterer Arbeitszeitverkürzung. Mit ihr knüpfte man an die Erfolge der 1970er Jahre an, als die Verringerung der gesetzlichen Wochenarbeitszeit von 45 Stunden (1970) auf 40 Stunden (1975) vor allem unter dem Gesichtspunkt der Ausweitung der Freizeit durchgeführt wurde, aber auch einen Beitrag zur erfolgreichen Beschäftigungspolitik leistete.¹ Doch in den 1980er Jahren misslang die Umsetzung, auch weil die Beschäftigten wachsende Reallöhne höher gewichteten als kürzere Arbeitszeit.

Für heuer erwarten die Prognosen 270.000 Arbeitslose (+70.000 Menschen in Schulungsmaßnahmen) und eine Arbeitslosenquote von 7,7 %. Anlass neuerlich auf kürzere Arbeitszeiten zu drängen? Ja, denn die Arbeitsmarktaussichten sind auch mittelfristig ungünstig: Wegen der verhaltenen Konjunkturerholung wird die Nachfrage nach Arbeitskräften nur wenig steigen (laut WIFO nur gut ½ % pro Jahr), gleichzeitig nimmt das Angebot an Arbeitskräften weiter zu, denn die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wächst.

Doch schafft Arbeitszeitverkürzung überhaupt Jobs? Eine WIFO-Studie belegt folgende Faustregel: Eine allgemeine Verkürzung der geleisteten Arbeitszeit um 10 % schafft oder sichert etwa 130.000 Arbeitsplätze.² Allerdings bedeutet Verringerung der Arbeitszeit heute wohl etwas anderes als in den 1970er Jahren als Vollzeitarbeitsplätze der Männer den Arbeitsmarkt prägten. In Industrie und Bauwirtschaft ist eine Verringerung der Wochenarbeitszeit leicht umsetzbar, das hat

der Erfolg der Kurzarbeit in der Krise gezeigt. Sie sollte unter neuen Rahmenbedingungen verlängert werden, um Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern und den Wünschen der Beschäftigten nach „kurzer Vollzeit“ zu entsprechen.

Heute sind 18.000 Jugendliche im Alter zwischen 20 und 24 Jahren mehr arbeitslos als zum Tiefstand im Sommer 2008. Für diese Altersgruppe bedeutet kürzere Arbeitszeit vor allem längere Ausbildungszeit. Möglichst bis Herbst müssten tausende zusätzliche Plätze in Höheren Schulen, Fachhochschulen und Universitäten geschaffen werden, um eine „verlorene Generation“ als schlimmstes soziales Erbe der Krise zu verhindern.

Im Dienstleistungssektor dominiert ohnehin schon heute die Teilzeit. Neben der Verbesserung der Arbeitsbedingungen bietet hier der rasche Ausbau von Bildungskarenz und –urlaub große Potentiale in Bezug auf Beschäftigung und Qualifizierung.

Viele internationale Beispiele zeigen wie erfolgreich moderne Formen der Arbeitszeitverkürzung sind. Kürzere Arbeitszeiten sind generell vor allem zur Verbesserung der Lebensbedingungen wünschenswert. Die Rekordarbeitslosigkeit macht sie zu einer der wichtigsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Wirtschaftskrise.



MARKUS MARTERBAUER

arbeitet als Wirtschaftsforscher in Wien.

»Die wahre Großzügigkeit
der Zukunft gegenüber
besteht darin, in der
Gegenwart alles zu geben.«

ALBERT CAMUS



ZUKUNFT ABONNEMENT

**Kupon ausschneiden
& einsenden an:**
Verlag der SPÖ GmbH
Löwelstraße 18
1014 Wien

Ich bestelle ein ZUKUNFT-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein ZUKUNFT-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____